



# Statistischer Bericht

## Kinder- und Jugendhilfe im Freistaat Sachsen

Pflegeerlaubnis, Pflegschaften, Vormundschaften, Beistandschaften,  
Sorgeerklärungen, Maßnahmen des Familiengerichtes

2024

K V 8 - j/24

### Zeichenerklärung

- Genau Null oder ggf. zur Sicherstellung der statistischen Geheimhaltung auf Null geändert
- 0 Weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- ... Angabe fällt später an
- / Zahlenwert nicht sicher genug
- . Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten
- x Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- ( ) Aussagewert ist eingeschränkt
- p Vorläufige Zahl
- r Berichtigte Zahl
- s Geschätzte Zahl

Allen Rechnungen liegen die ungerundeten Werte zugrunde. In einzelnen Fällen können bei der Summenbildung geringe Abweichungen entstehen, die in Abbildungen und Tabellen auf ab- bzw. aufgerundete Werte zurückzuführen sind.

### Impressum

Herausgeber: Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen

Copyright: Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, Kamenz 2025

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

[Titel](#)

**Inhalt**

[Vorbemerkungen/Erläuterungen](#)

**Tabellen**

1. [Kinder und Jugendliche unter Amtspflegschaft und Amtsvormundschaft sowie mit Beistandschaften nach Geschlecht](#)
2. [Kinder und Jugendliche, für die eine Pflegeerlaubnis nach § 44 SGB VIII besteht, sowie Tagespflegepersonen, für die eine Pflegeerlaubnis nach § 43 SGB VIII besteht, nach Geschlecht](#)
3. [Anrufungen des Familiengerichts und Entscheidungen über die Einleitung von Maßnahmen für Kinder und Jugendliche auf Grund einer Gefährdung des Kindeswohls nach Geschlecht](#)
4. [Kinder und Jugendliche unter Amtspflegschaft und Amtsvormundschaft sowie mit Beistandschaften nach Staatsangehörigkeit sowie Geschlecht](#)
5. [Kinder und Jugendliche, für die eine Pflegeerlaubnis nach § 44 SGB VIII besteht, sowie Tagespflegepersonen, für die eine Pflegeerlaubnis nach § 43 SGB VIII besteht, nach Geschlecht](#)
6. [Anrufungen des Familiengerichts und Entscheidungen über die Einleitung von Maßnahmen für Kinder und Jugendliche auf Grund einer Gefährdung des Kindeswohls](#)
7. [Kinder und Jugendliche unter Amtspflegschaft und Amtsvormundschaft sowie mit Beistandschaften bzw. für die eine Pflegeerlaubnis nach § 44 SGB VIII besteht, und Tagespflegepersonen, für die eine Pflegeerlaubnis nach § 43 SGB VIII besteht, nach Kreisfreien Städten und Landkreisen](#)
8. [Kinder und Jugendliche, bei denen wegen einer Gefährdung des Kindeswohls eine oder mehrere familiengerichtliche Maßnahmen eingeleitet wurden, nach Kreisfreien Städten und Landkreisen](#)
9. [Sorgeerklärungen nach Kreisfreien Städten und Landkreisen](#)

**Abbildungen**

1. [Kinder und Jugendliche am Jahresende unter Amtspflegschaft und Amtsvormundschaft](#)
2. [Kinder und Jugendliche am Jahresende mit Beistandschaften](#)

## [Inhalt](#)

### Vorbemerkungen

Die in den Vorbemerkungen enthaltenen Erläuterungen zur fachstatistischen Erhebung inklusive Definitionen sind in den bundeseinheitlichen Qualitätsberichten hinterlegt.

Über folgenden Link gelangen Sie zum Qualitätsbericht:

[Kinder- und Jugendhilfe I6](#)

URL:

<https://www.destatis.de/DE/Methoden/Qualitaet/Qualitaetsberichte/Soziales/pflegeerlaubnis.html>

Stand: 31.07.2025

### Zusätzliche Erläuterungen

Statistikerläuterungen und Rechtsgrundlagen finden Sie unter:

[KJH - I6 - Statistik - Sachsen.de](#)

Definitionen finden Sie unter:

[KJH - I6 - Statistik - Sachsen.de](#)

### Erhebungsbögen

Mustererhebungsbögen für die aktuell laufenden Erhebungen stehen in unserem Internetangebot als PDF-Dateien zum Download bereit. Über folgenden Link gelangen Sie zu diesen:

[Erhebungsbögen - Statistik - sachsen.de](#)

Mustererhebungsbögen zum Berichtsstand dieses Statistischen Berichts sowie zu früheren Erhebungszeiträumen stellen wir Ihnen auf Anfrage gern bereit. Kontaktieren Sie dafür bitte unseren Auskunftsdienst unter folgender E-Mail-Adresse:

[info@statistik.sachsen.de](mailto:info@statistik.sachsen.de)

Das Gesamtkonzept der Kinder- und Jugendhilfestatistik, erhoben nach den §§ 98 bis 103 SGB VIII - Kinder- und Jugendhilfe, umfasst vier getrennte Erhebungsteile:

- Teil I Erzieherische Hilfen
- Teil II Angebote der Jugendarbeit
- Teil III Einrichtungen und tätige Personen
- Teil IV Ausgaben und Einnahmen.

In dieser Publikation werden die Leistungen der Jugendämter in den Bereichen Pflegeerlaubnis, Pflegschaften, Vormundschaften und Beistandschaften als Bestand am Jahresende und für das Berichtsjahr die Anzahl der Maßnahmen des Familiengerichts und der Sorgeerklärungen aus Teil I dargestellt.

### Rechtsgrundlagen

Die gesetzliche Grundlage für die Statistik der Kinder- und Jugendhilfe - Teil I.6: Pflegeerlaubnis, Pflegschaften, Vormundschaften, Beistandschaften, Sorgeerklärungen, Maßnahmen des Familiengerichts sind die Paragraphen 98 bis 103 des Sozialgesetzbuches (SGB) - Achtes Buch (VIII) - Kinder- und Jugendhilfe - in der Fassung der Bekanntmachung vom 11. September 2012 (BGBl. I S. 2022), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 3. April 2025 (BGBl. 2025 I Nr. 107) geändert worden ist, in Verbindung mit dem Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (Bundesstatistikgesetz - BStatG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 20. Oktober 2016 (BGBl. I S. 2394), das zuletzt durch Artikel 14 des Gesetzes vom 8. Mai 2024 (BGBl. I S. 152) geändert worden ist.

Erhoben werden die Angaben zu § 99 Abs. 4, 5, 6a und 6b SGB VIII.

Die Auskunftspflicht ergibt sich aus § 102 Absatz 1 Satz 1 des SGB VIII in Verbindung mit § 15 BStatG. Nach § 102 Absatz 2 Nummer 1 SGB VIII sind die örtlichen Träger der Jugendhilfe auskunftspflichtig.

### Methodische Hinweise

Die Ergebnisse entsprechen dem jeweils aktuellen Gebietsstand.

2017 und 2018: Kinder und Jugendliche mit der Signierung des Geschlechts "ohne Angabe (nach § 22 Absatz 3 Personenstandsgesetz - PStG)" werden dem männlichen Geschlecht zugeordnet.

2019: Kinder und Jugendliche mit der Signierung des Geschlechts "anderes" werden dem männlichen Geschlecht zugeordnet.

Ab 2020: Kinder und Jugendliche mit den Geschlechtsangaben "divers" und "ohne Angabe" (nach § 22 Absatz 3 PStG) werden dem männlichen Geschlecht zugeordnet.

### Erläuterungen

Die Kinder und Jugendlichen (bis unter 18 Jahre), für die eine **Pflegeerlaubnis nach § 44 SGB VIII** besteht, befinden sich dauernd oder für einen Teil der Woche, jedoch regelmäßig, außerhalb des Elternhauses in Familienpflege. Vollpflege ist ununterbrochene Pflege bei Tag und Nacht. Wochenpflege ist regelmäßige, nicht nur gelegentliche Pflege über Tag und Nacht während eines Teils der Woche.

**Tagespflegepersonen, für die eine Pflegeerlaubnis nach § 43 SGB VIII besteht**, bedürfen einer Erlaubnis des Jugendamtes, um Kinder „außerhalb des Haushaltes des Erziehungsberechtigten während eines Teils des Tages und mehr als 15 Stunden wöchentlich gegen Entgelt länger als drei Monate“ zu betreuen.

Die **Amts Vormundschaft** ist eine vom Jugendamt ausgeführte Vormundschaft, bei der die elterliche Sorge (Vormundschaft über Minderjährige) von einem Dritten, dem Vormund, ausgeübt wird. Voraussetzung ist, dass das Kind oder der Jugendliche nicht unter elterlicher Sorge steht. Die Amtsvormundschaft erstreckt sich grundsätzlich auf die gesamte elterliche Sorge (Personen- und Vermögenssorge). Eine bestellte Amtsvormundschaft tritt insbesondere bei Entzug der elterlichen Sorge ein, die gesetzliche Amtsvormundschaft bei der Geburt eines Kindes durch eine unverheiratete minderjährige Mutter oder bei Freigabe eines Kindes zur Adoption.

Die **Amtspflegschaft** ist eine vom Jugendamt ausgeübte Pflegschaft, sie dient der Fürsorge in persönlichen und wirtschaftlichen Belangen einer Person; sie umfasst nur die Wahrnehmung bestimmter Angelegenheiten der elterlichen Sorge. Amtspflegschaften sind auf Kinder gerichtet, für die vor allem bei Gefährdung des Kindeswohls sowie bei Scheidung oder getrennt lebenden Eltern die Personen- und/oder Vermögenssorge ganz oder teilweise auf das Jugendamt übertragen wurde. Bestellte Amtspflegschaften bedürfen der ausdrücklichen Anordnung durch das Vormundschaftsgericht. Gesetzliche Amtspflegschaften sind nach der Reform des Beistandschaftsgesetzes zum 1. Juli 1998 entfallen und wurden in Beistandschaften umgewandelt.

In Fällen, in denen am Jahresende sowohl eine gesetzliche Amtsvormundschaft als auch eine bestellte Amtspflegschaft bzw. -vormundschaft besteht, werden in der Statistik ausschließlich die bestellten Amtspflegschaften/-vormundschaften erhoben.

Die **Beistandschaft** gemäß §§ 1712 bis 1717 BGB ist eine Unterstützung eines allein erziehenden, sorgeberechtigten Elternteils auf dessen Antrag durch das Jugendamt. Der Beistand unterstützt den Sorgeberechtigten bei der Ausübung der elterlichen Sorge, z. B. bei Vaterschaftsfeststellungen und der Geltendmachung von Unterhaltsansprüchen.

Die **Anrufung des Familiengerichts** wegen einer Gefährdung des Kindeswohls kann insbesondere darauf zurückzuführen sein, dass die Personensorgeberechtigten nicht bereit oder in der Lage waren die Gefahr für das Kind abzuwenden bzw. bei der Gefährdungseinschätzung mitzuwirken (§ 8a Absatz 2 Satz 1 SGB VIII) oder einer Inobhutnahme widersprachen (§ 42 Absatz 3 Satz 2 Nummer 2 SGB VIII).

Unabhängig vom Verwaltungsverfahren sind jeweils alle im Berichtsjahr erfolgten **familiengerichtlichen Maßnahmen** für jeden Minderjährigen nach § 1666 Absatz 3 BGB zu melden, die in Folge einer Gefährdung des Kindeswohls eingeleitet wurden. Die Anrufung des Familiengerichts kann darauf zurückzuführen sein, dass die Personensorgeberechtigten nicht bereit oder in der Lage waren, die Gefahr für das Kind abzuwenden oder bei der Gefährdungseinschätzung mitzuwirken (§ 8a Absatz 2 Satz 1 SGB VIII) oder einer Inobhutnahme widersprachen (§ 42 Absatz 3 Satz 2 Nummer 2 SGB VIII) oder die Anrufung auf andere Weise eingeleitet wurde.

**Maßnahmen des Familiengerichts** umfassen:

1. die Anordnung der Inanspruchnahme von Hilfen nach dem Achten Buch Sozialgesetzbuch (§ 1666 Abs. 3 Nr. 1 BGB).  
Dazu zählen zum Beispiel Beratungen nach §§ 16 bis 18 SGB VIII, Leistungen nach §§ 19 bis 21 SGB VIII oder Hilfen zur Erziehung nach §§ 27 ff. SGB VIII.
2. das Aussprechen von Geboten und Verboten gegenüber den Personensorgeberechtigten oder Dritten gemäß § 1666 Absatz 3 Nummer 2 bis 4 BGB.  
Dazu zählen
  - das Gebot, für die Einhaltung der Schulpflicht zu sorgen,
  - Verbote, Orte, an denen sich das Kind regelmäßig aufhält, aufzusuchen (z. B. die Familienwohnung oder bestimmte andere Orte) oder sich in einem bestimmten Umkreis der Wohnung aufzuhalten,
  - Verbote, Kontakt mit dem Kind aufzunehmen oder Zusammenreffen herbeizuführen.
3. die Ersetzung von Erklärungen des/der Personensorgeberechtigten (§ 1666 Abs. 3 Nr. 5 BGB).  
Dazu zählt z. B. die Einwilligung in die Inanspruchnahme von Hilfen zur Erziehung nach §§ 27 ff. SGB VIII oder die Zustimmung zur Inobhutnahme eines Kindes (§ 42 SGB VIII).
4. die vollständige oder teilweise Entziehung der elterlichen Sorge und Übertragung der elterlichen Sorge auf das Jugendamt oder einen Dritten als Vormund oder Pfleger (§ 1666 Absatz 3 Nummer 6 BGB).

Weiterhin beurkunden die Jugendämter Begründungen der gemeinsamen Sorge nicht miteinander verheirateter Eltern, differenziert danach, ob die gemeinsame Sorge durch von beiden Elternteilen abgegebene **Sorgeerklärungen** (§ 1626a Abs. 1 Nr. 1 BGB) begründet wurde oder ob den Eltern die elterliche Sorge auf Grund einer gerichtlichen Entscheidung ganz oder zum Teil gemeinsam übertragen wurde (§ 1626a Absatz 1 Nummer 3 BGB). Aufgrund eines redaktionellen Fehlers im Zuge des Gesetzgebungsverfahrens zum Bundeskinderschutzgesetz (BKisSchG) zählte die Erhebung zu den Sorgeerklärungen in der 2012 geltenden Fassung nicht zu den jährlich durchzuführenden Statistiken. Die Erhebung zur Begründung der gemeinsamen Sorge nicht miteinander verheirateter Eltern wurde neu angeordnet durch Artikel 5 des Gesetzes zur Reform der elterlichen Sorge nicht miteinander verheirateter Eltern vom 16. April 2013 (BGBl. I S. 795). Dieses löst ab 19. Mai 2013 die bisherige Regelung der gerichtlichen Ersetzung der Sorgeerklärung gemäß Artikel 2 des Gesetzes zur Umsetzung familienrechtlicher Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts vom 13. Dezember 2003 (BGBl. I S. 2547) ab. Die Erhebung ist geregelt in § 98 Absatz 2 und § 99 Absatz 6a SGB VIII.

# 1. Kinder und Jugendliche unter Amtspflegschaft und Amtsvormundschaft sowie mit Beistandschaften nach Geschlecht

Am Jahresende 1991 bis 2024

## 1.1 Kinder und Jugendliche unter Amtspflegschaft und Amtsvormundschaft sowie mit Beistandschaften insgesamt

Jahr	Gesetzliche Amtsvormundschaft	Bestellte Amtspflegschaft	Bestellte Amtspflegschaft - darunter Unterhaltspflegschaften	Bestellte Amtsvormundschaft	Beistandschaften <sup>1)</sup>
1991	356	138	55	510	775
1992	428	469	203	688	2.185
1993	508	1.351	666	1.078	2.604
1994	543	1.071	62	1.196	4.594
1995	509	1.357	99	1.258	6.119
1996	670	1.298	16	1.426	6.983
1997	550	1.521	35	1.539	8.384
1998	499	1.412	32	1.770	10.333
1999	503	1.201	10	1.574	12.356
2000	483	1.125	19	1.630	13.863
2001	553	1.297	-	1.484	15.130
2002	607	1.187	76	1.556	15.516
2003	577	1.150	8	1.533	15.837
2004	586	1.176	15	1.508	16.453
2005	601	1.147	8	1.520	16.469
2006	623	1.253	16	1.467	16.264
2007	538	1.284	40	1.408	15.921
2008	503	1.167	76	1.183	15.412
2009	415	1.149	7	1.363	15.125
2010	400	1.096	7	1.370	15.023
2011	458	1.202	7	1.482	15.047
2012	369	1.256	67	1.513	15.631
2013	386	1.369	6	1.634	15.848
2014	362	1.272	1	1.695	15.668
2015	334	1.207	14	2.590	16.107
2016	327	1.170	12	4.097	16.119
2017	315	1.242	70	3.501	15.935
2018	311	1.288	26	2.853	15.759
2019	301	1.364	52	2.486	14.830
2020	284	1.396	38	2.362	13.359
2021	278	1.385	54	2.421	13.024
2022	223	1.421	42	2.847	13.126
2023	267	1.429	63	3.546	12.599
2024	248	1.672	73	3.192	12.121

## 1.2 Kinder und Jugendliche unter Amtspflegschaft und Amtsvormundschaft sowie mit Beistandschaften männlich

Jahr	Gesetzliche Amtsvormundschaft	Bestellte Amtspflegschaft	Bestellte Amtspflegschaft - darunter Unterhaltspflegschaften	Bestellte Amtsvormundschaft	Beistandschaften <sup>1)</sup>
1991	181	76	28	267	399
1992	240	244	101	363	1.072
1993	275	680	349	567	1.310
1994	282	555	32	660	2.286
1995	276	698	52	685	3.142
1996	382	650	12	783	3.568
1997	331	761	18	844	4.242
1998	277	706	14	965	5.270
1999	243	589	5	869	6.207
2000	244	556	5	915	7.115
2001	283	651	-	788	7.644
2002	306	575	35	841	7.771
2003	298	581	1	852	8.029
2004	291	559	8	813	8.343
2005	310	554	4	783	8.490
2006	312	604	6	764	8.243
2007	290	637	21	760	7.979
2008	256	583	39	630	7.736
2009	219	584	4	722	7.653
2010	205	573	3	738	7.646
2011	236	616	3	801	7.710
2012	179	679	35	815	7.844
2013	199	733	3	885	7.624
2014	189	686	-	892	7.626
2015	166	676	11	1.728	8.283
2016	167	639	7	3.150	8.383
2017 <sup>2)</sup>	170	656	39	2.506	8.472
2018 <sup>2)</sup>	163	668	15	1.911	8.264
2019 <sup>3)</sup>	164	671	23	1.485	8.470
2020 <sup>4)</sup>	151	689	20	1.365	7.345
2021 <sup>4)</sup>	146	689	32	1.343	7.102
2022 <sup>4)</sup>	108	710	27	1.813	7.274
2023 <sup>4)</sup>	133	703	26	2.309	6.820
2024 <sup>4)</sup>	121	842	38	2.128	6.604

### 1.3 Kinder und Jugendliche unter Amtspflegschaft und Amtsvormundschaft sowie mit Beistandschaften weiblich

Jahr	Gesetzliche Amtsvormundschaft	Bestellte Amtspflegschaft	Bestellte Amtspflegschaft - darunter Unterhaltspflegschaften	Bestellte Amtsvormundschaft	Beistandschaften <sup>1)</sup>
1991	175	62	27	243	376
1992	188	225	102	325	1.113
1993	233	671	317	511	1.294
1994	261	516	30	536	2.308
1995	233	659	47	573	2.977
1996	288	648	4	643	3.415
1997	219	760	17	695	4.142
1998	222	706	18	805	5.063
1999	260	612	5	705	6.149
2000	239	569	14	715	6.748
2001	270	646	-	696	7.486
2002	301	612	41	715	7.745
2003	279	569	7	681	7.808
2004	295	617	7	695	8.110
2005	291	593	4	737	7.979
2006	311	649	10	703	8.021
2007	248	647	19	648	7.942
2008	247	584	37	553	7.676
2009	196	565	3	641	7.472
2010	195	523	4	632	7.377
2011	222	586	4	681	7.337
2012	190	577	32	698	7.787
2013	187	636	3	749	8.224
2014	173	586	1	803	8.042
2015	168	531	3	862	7.824
2016	160	531	5	947	7.736
2017 <sup>2)</sup>	145	586	31	995	7.463
2018 <sup>2)</sup>	148	620	11	942	7.495
2019 <sup>3)</sup>	137	693	29	1.001	6.360
2020 <sup>4)</sup>	133	707	18	997	6.014
2021 <sup>4)</sup>	132	696	22	1.078	5.922
2022 <sup>4)</sup>	115	711	15	1.034	5.852
2023 <sup>4)</sup>	134	726	37	1.237	5.779
2024 <sup>4)</sup>	127	830	35	1.064	5.517

1) Seit dem 1. Juli 1998 sind die gesetzlichen Amtspflegschaften entfallen und in Beistandschaften umgewandelt worden - Beistandschaftsgesetz vom 4. Dezember 1997 (BGBl. I, S. 2846).

2) Kinder und Jugendliche mit der Signierung des Geschlechts "ohne Angabe (nach § 22 Absatz 3 Personenstandsgesetz - PStG)" werden dem männlichen Geschlecht zugeordnet.

3) Kinder und Jugendliche mit der Signierung des Geschlechts "anderes" werden dem männlichen Geschlecht zugeordnet.

4) Kinder und Jugendliche mit den Geschlechtsangaben "divers" und "ohne Angabe" (nach § 22 Absatz 3 PStG) werden dem männlichen Geschlecht zugeordnet.

[Zeichenerklärung](#)

## 2. Kinder und Jugendliche, für die eine Pflegeerlaubnis nach § 44 SGB VIII besteht, sowie Tagespflegepersonen, für die eine Pflegeerlaubnis nach § 43 SGB VIII besteht, nach Geschlecht

Am Jahresende 1991 bis 2024

### 2.1 Kinder und Jugendliche, für die eine Pflegeerlaubnis nach § 44 SGB VIII besteht, sowie Tagespflegepersonen, für die eine Pflegeerlaubnis nach § 43 SGB VIII besteht, insgesamt

Jahr	Kinder und Jugendliche, für die eine Pflegeerlaubnis nach § 44 SGB VIII besteht <sup>1)</sup>	Kinder und Jugendliche, für die eine Pflegeerlaubnis nach § 44 SGB VIII besteht <sup>1)</sup> - darunter in Vollpflege	Kinder und Jugendliche, für die eine Pflegeerlaubnis nach § 44 SGB VIII besteht <sup>1)</sup> - darunter in Wochenpflege	Tagespflegepersonen, für die eine Pflegeerlaubnis nach § 43 SGB VIII besteht <sup>2)</sup>
1991	376	368	5	.
1992	394	374	3	.
1993	297	271	10	.
1994	345	316	9	.
1995	345	320	3	.
1996	15	10	3	.
1997	17	16	-	.
1998	29	27	-	.
1999	44	20	-	.
2000	24	20	-	.
2001	114	14	-	.
2002	128	9	-	.
2003	432	19	-	.
2004	741	24	2	.
2005	89	89	-	694
2006	44	44	-	899
2007	31	31	-	1.235
2008	22	22	-	1.434
2009	39	39	-	1.674
2010	41	40	1	1.645
2011	60	60	-	1.668
2012	45	45	-	1.724
2013	51	51	-	1.903
2014	62	62	-	1.798
2015	74	74	-	1.879
2016	105	105	-	1.895
2017	116	116	-	1.472
2018	110	110	-	1.896
2019	444	444	-	1.869
2020	101	101	-	1.787
2021	75	75	-	1.650
2022	135	135	-	1.519
2023	115	115	-	1.310
2024	92	92	-	1.121



## 2.2 Kinder und Jugendliche, für die eine Pflegeerlaubnis nach § 44 SGB VIII besteht, sowie Tagespflegepersonen, für die eine Pflegeerlaubnis nach § 43 SGB VIII besteht, männlich

Jahr	Kinder und Jugendliche, für die eine Pflegeerlaubnis nach § 44 SGB VIII besteht <sup>1)</sup>	Kinder und Jugendliche, für die eine Pflegeerlaubnis nach § 44 SGB VIII besteht <sup>1)</sup> - darunter in Vollpflege	Kinder und Jugendliche, für die eine Pflegeerlaubnis nach § 44 SGB VIII besteht <sup>1)</sup> - darunter in Wochenpflege	Tagespflegepersonen, für die eine Pflegeerlaubnis nach § 43 SGB VIII besteht <sup>2)</sup>
1991	210	205	3	.
1992	198	186	2	.
1993	155	141	6	.
1994	172	157	5	.
1995	181	165	1	.
1996	6	5	-	.
1997	7	7	-	.
1998	19	18	-	.
1999	19	8	-	.
2000	9	6	-	.
2001	50	4	-	.
2002	65	3	-	.
2003	181	6	-	.
2004	365	8	-	.
2005	39	39	-	.
2006	23	23	-	.
2007	16	16	-	.
2008	11	11	-	.
2009	20	20	-	.
2010	16	16	-	.
2011	32	32	-	.
2012	24	24	-	.
2013	28	28	-	.
2014	30	30	-	.
2015	38	38	-	.
2016	51	51	-	.
2017 <sup>3)</sup>	66	66	-	.
2018 <sup>3)</sup>	58	58	-	.
2019 <sup>4)</sup>	211	211	-	.
2020 <sup>5)</sup>	53	53	-	.
2021 <sup>5)</sup>	32	32	-	.
2022 <sup>5)</sup>	65	65	-	.
2023 <sup>5)</sup>	52	52	-	.
2024 <sup>5)</sup>	42	42	-	.

### 2.3 Kinder und Jugendliche, für die eine Pflegeerlaubnis nach § 44 SGB VIII besteht, sowie Tagespflegepersonen, für die eine Pflegeerlaubnis nach § 43 SGB VIII besteht, weiblich

Jahr	Kinder und Jugendliche, für die eine Pflegeerlaubnis nach § 44 SGB VIII besteht <sup>1)</sup>	Kinder und Jugendliche, für die eine Pflegeerlaubnis nach § 44 SGB VIII besteht <sup>1)</sup> - darunter in Vollpflege	Kinder und Jugendliche, für die eine Pflegeerlaubnis nach § 44 SGB VIII besteht <sup>1)</sup> - darunter in Wochenpflege	Tagespflegepersonen, für die eine Pflegeerlaubnis nach § 43 SGB VIII besteht <sup>2)</sup>
1991	166	163	2	.
1992	196	188	1	.
1993	142	130	4	.
1994	173	159	4	.
1995	164	155	2	.
1996	9	5	3	.
1997	10	9	-	.
1998	10	9	-	.
1999	25	12	-	.
2000	15	14	-	.
2001	64	10	-	.
2002	63	6	-	.
2003	251	13	-	.
2004	376	16	2	.
2005	50	50	-	.
2006	21	21	-	.
2007	15	15	-	.
2008	11	11	-	.
2009	19	19	-	.
2010	25	24	1	.
2011	28	28	-	.
2012	21	21	-	.
2013	23	23	-	.
2014	32	32	-	.
2015	36	36	-	.
2016	54	54	-	.
2017 <sup>3)</sup>	50	50	-	.
2018 <sup>3)</sup>	52	52	-	.
2019 <sup>4)</sup>	233	233	-	.
2020 <sup>5)</sup>	48	48	-	.
2021 <sup>5)</sup>	43	43	-	.
2022 <sup>5)</sup>	70	70	-	.
2023 <sup>5)</sup>	63	63	-	.
2024 <sup>5)</sup>	50	50	-	.

1) Ab 2005 werden Kinder und Jugendliche in Tagespflege nicht mehr erhoben.

2) Erhebung ab 2005.

3) Kinder und Jugendliche mit der Signierung des Geschlechts "ohne Angabe (nach § 22 Absatz 3 Personenstandsgesetz - PStG)" werden dem männlichen Geschlecht zugeordnet.

4) Kinder und Jugendliche mit der Signierung des Geschlechts "anderes" werden dem männlichen Geschlecht zugeordnet.

5) Kinder und Jugendliche mit den Geschlechtsangaben "divers" und "ohne Angabe" (nach § 22 Absatz 3 PStG) werden dem männlichen Geschlecht zugeordnet.

[Zeichenerklärung](#)

### 3. Anrufungen des Familiengerichts und Entscheidungen über die Einleitung von Maßnahmen für Kinder und Jugendliche auf Grund einer Gefährdung des Kindeswohls nach Geschlecht

2012 bis 2024

#### 3.1 Anrufungen des Familiengerichts und Entscheidungen über die Einleitung von Maßnahmen für Kinder und Jugendliche auf Grund einer Gefährdung des Kindeswohls insgesamt

Anrufungen und Entscheidungen des Familiengerichts	2012 <sup>1)</sup>	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
<b>Anrufungen des Familiengerichts<sup>2)</sup></b>	.	.	.	.	.	.	.	.	.	<b>1.046</b>	<b>1.072</b>	<b>1.246</b>	<b>1.040</b>
<b>Entscheidungen des Familiengerichts<sup>3)</sup></b>	<b>1.273</b>	<b>1.688</b>	<b>2.040</b>	<b>2.105</b>	<b>1.841</b>	<b>2.312</b>	<b>1.719</b>	<b>1.737</b>	<b>1.685</b>	<b>1.666</b>	<b>1.415</b>	<b>1.732</b>	<b>1.375</b>
Dem/den Personensorgeberechtigten Auferlegung der Inanspruchnahme von Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe gem. § 1666 Abs. 3 Nr. 1 BGB	439	472	670	535	462	435	431	469	395	383	362	332	335
Gegenüber dem/den Personensorgeberechtigten oder Dritten Aussprache von anderen Geboten oder Verboten gem. § 1666 Absatz 3 Nummer 2 bis 4 BGB	142	216	294	245	194	192	205	195	198	164	149	181	172
Ersetzung von Erklärungen des/der Personensorgeberechtigten gem. § 1666 Absatz 3 Nummer 5 BGB	64	101	75	101	90	338	59	85	88	93	92	105	62
Vollständige Übertragung der elterlichen Sorge auf das Jugendamt oder einen Dritten als Vormund oder Pfleger gem. § 1666 Absatz 3 Nummer 6 BGB	376	471	604	726	711	724	600	569	595	549	432	672	416
Teilweise Übertragung der elterlichen Sorge auf das Jugendamt oder einen Dritten als Vormund oder Pfleger gem. § 1666 Absatz 3 Nummer 6 BGB	252	428	397	498	384	623	424	419	409	477	380	442	390

### 3.2 Anrufungen des Familiengerichts und Entscheidungen über die Einleitung von Maßnahmen für Kinder und Jugendliche auf Grund einer Gefährdung des Kindeswohls männlich

Anrufungen und Entscheidungen des Familiengerichts	2012 <sup>1)</sup>	2013	2014	2015	2016	2017 <sup>4)</sup>	2018 <sup>4)</sup>	2019 <sup>5)</sup>	2020 <sup>6)</sup>	2021 <sup>6)</sup>	2022 <sup>6)</sup>	2023 <sup>5)</sup>	2024 <sup>5)</sup>
<b>Anrufungen des Familiengerichts<sup>2)</sup></b>	.	.	.	.	.	.	.	.	.	<b>529</b>	<b>600</b>	<b>767</b>	<b>553</b>
<b>Entscheidungen des Familiengerichts<sup>3)</sup></b>	<b>678</b>	<b>900</b>	<b>1.066</b>	<b>1.193</b>	<b>1.032</b>	<b>1.485</b>	<b>931</b>	<b>954</b>	<b>841</b>	<b>832</b>	<b>761</b>	<b>1.009</b>	<b>763</b>
Dem/den Personensorgeberechtigten Auferlegung der Inanspruchnahme von Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe gem. § 1666 Abs. 3 Nr. 1 BGB	229	274	347	265	241	223	222	253	207	187	175	164	169
Gegenüber dem/den Personensorgeberechtigten oder Dritten Aussprache von anderen Geboten oder Verboten gem. § 1666 Absatz 3 Nummer 2 bis 4 BGB	63	106	156	140	101	106	123	110	90	81	73	96	86
Ersetzung von Erklärungen des/der Personensorgeberechtigten gem. § 1666 Absatz 3 Nummer 5 BGB	34	56	48	51	52	259	37	50	44	45	43	58	37
Vollständige Übertragung der elterlichen Sorge auf das Jugendamt oder einen Dritten als Vormund oder Pfleger gem. § 1666 Absatz 3 Nummer 6 BGB	197	250	313	462	444	479	336	320	297	273	266	438	261
Teilweise Übertragung der elterlichen Sorge auf das Jugendamt oder einen Dritten als Vormund oder Pfleger gem. § 1666 Absatz 3 Nummer 6 BGB	155	214	202	275	194	418	213	221	203	246	204	253	210

### 3.3 Anrufungen des Familiengerichts und Entscheidungen über die Einleitung von Maßnahmen für Kinder und Jugendliche auf Grund einer Gefährdung des Kindeswohls weiblich

Anrufungen und Entscheidungen des Familiengerichts	2012 <sup>1)</sup>	2013	2014	2015	2016	2017 <sup>4)</sup>	2018 <sup>4)</sup>	2019 <sup>5)</sup>	2020 <sup>6)</sup>	2021 <sup>6)</sup>	2022 <sup>6)</sup>	2023 <sup>5)</sup>	2024 <sup>5)</sup>
<b>Anrufungen des Familiengerichts<sup>2)</sup></b>	.	.	.	.	.	.	.	.	.	<b>517</b>	<b>472</b>	<b>479</b>	<b>487</b>
<b>Entscheidungen des Familiengerichts<sup>3)</sup></b>	<b>595</b>	<b>788</b>	<b>974</b>	<b>912</b>	<b>809</b>	<b>827</b>	<b>788</b>	<b>954</b>	<b>844</b>	<b>834</b>	<b>654</b>	<b>723</b>	<b>612</b>
Dem/den Personensorgeberechtigten Auferlegung der Inanspruchnahme von Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe gem. § 1666 Abs. 3 Nr. 1 BGB	210	198	323	270	221	212	209	253	188	196	187	168	166
Gegenüber dem/den Personensorgeberechtigten oder Dritten Aussprache von anderen Geboten oder Verboten gem. § 1666 Absatz 3 Nummer 2 bis 4 BGB	79	110	138	105	93	86	82	110	108	83	76	85	86
Ersetzung von Erklärungen des/der Personensorgeberechtigten gem. § 1666 Absatz 3 Nummer 5 BGB	30	45	27	50	38	79	22	50	44	48	49	47	25
Vollständige Übertragung der elterlichen Sorge auf das Jugendamt oder einen Dritten als Vormund oder Pfleger gem. § 1666 Absatz 3 Nummer 6 BGB	179	221	291	264	267	245	264	320	298	276	166	234	155
Teilweise Übertragung der elterlichen Sorge auf das Jugendamt oder einen Dritten als Vormund oder Pfleger gem. § 1666 Absatz 3 Nummer 6 BGB	97	214	195	223	190	205	211	221	206	231	176	189	180

1) Ohne Landkreis Görlitz.

2) Anrufungen des Familiengerichts ab 2021.

3) Einschließlich Mehrfachzählungen, da eine Entscheidung des Familiengerichts mehrere Maßnahmen beinhalten kann.

4) Kinder und Jugendliche mit der Signierung des Geschlechts "ohne Angabe (nach § 22 Absatz 3 Personenstandsgesetz - PStG)" werden dem männlichen Geschlecht zugeordnet.

5) Kinder und Jugendliche mit der Signierung des Geschlechts "anderes" werden dem männlichen Geschlecht zugeordnet.

6) Kinder und Jugendliche mit den Geschlechtsangaben "divers" und "ohne Angabe" (nach § 22 Absatz 3 PStG) werden dem männlichen Geschlecht zugeordnet.

[Zeichenerklärung](#)

#### 4. Kinder und Jugendliche unter Amtspflegschaft und Amtsvormundschaft sowie mit Beistandschaften nach Staatsangehörigkeit sowie Geschlecht

Am Jahresende 2024

Staatsangehörigkeit	Geschlecht	Einheit	Gesetzliche Amtsvormundschaft	Bestellte Amtspflegschaft	Bestellte Amtspflegschaft - darunter Unterhaltspflegschaften	Bestellte Amtsvormundschaft	Beistandschaften
<b>Insgesamt</b>	<b>Insgesamt</b>	<b>Anzahl</b>	<b>248</b>	<b>1.672</b>	<b>73</b>	<b>3.192</b>	<b>12.121</b>
Insgesamt	männlich <sup>1)</sup>	Anzahl	121	842	38	2.128	6.604
Insgesamt	weiblich	Anzahl	127	830	35	1.064	5.517
Deutsche	Zusammen	Anzahl	229	1.493	.	1.981	12.020
Deutsche	männlich <sup>1)</sup>	Anzahl	110	741	.	1.035	6.554
Deutsche	weiblich	Anzahl	119	752	.	946	5.466
Nichtdeutsche	Zusammen	Anzahl	19	179	.	1.211	101
Nichtdeutsche	männlich <sup>1)</sup>	Anzahl	11	101	.	1.093	50
Nichtdeutsche	weiblich	Anzahl	8	78	.	118	51
<b>Insgesamt</b>	<b>Insgesamt</b>	<b>%</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>
Insgesamt	männlich <sup>1)</sup>	%	48,8	50,4	52,1	66,7	54,5
Insgesamt	weiblich	%	51,2	49,6	47,9	33,3	45,5
Deutsche	Zusammen	%	92,3	89,3	.	62,1	99,2
Deutsche	männlich <sup>1)</sup>	%	44,4	44,3	.	32,4	54,1
Deutsche	weiblich	%	48,0	45,0	.	29,6	45,1
Nichtdeutsche	Zusammen	%	7,7	10,7	.	37,9	0,8
Nichtdeutsche	männlich <sup>1)</sup>	%	4,4	6,0	.	34,2	0,4
Nichtdeutsche	weiblich	%	3,2	4,7	.	3,7	0,4

1) Kinder und Jugendliche mit den Geschlechtsangaben "divers" und "ohne Angabe" (nach § 22 Absatz 3 PStG) werden dem männlichen Geschlecht zugeordnet.

[Zeichenerklärung](#)

5. Kinder und Jugendliche, für die eine Pflegeerlaubnis nach § 44 SGB VIII besteht, sowie Tagespflegepersonen, für die eine Pflegeerlaubnis nach § 43 SGB VIII besteht, nach Geschlecht

Am Jahresende 2024

Geschlecht	Einheit	Kinder und Jugendliche, für die eine Pflegeerlaubnis nach § 44 SGB VIII besteht	Kinder und Jugendliche, für die eine Pflegeerlaubnis nach § 44 SGB VIII besteht - darunter in Vollpflege	Kinder und Jugendliche, für die eine Pflegeerlaubnis nach § 44 SGB VIII besteht - darunter in Wochenpflege	Tagespflegepersonen, für die eine Pflegeerlaubnis nach § 43 SGB VIII besteht
<b>Insgesamt</b>	Anzahl	<b>92</b>	<b>92</b>	-	<b>1.121</b>
Männlich <sup>1)</sup>	Anzahl	42	42	-	.
Weiblich	Anzahl	50	50	-	.
<b>Insgesamt</b>	%	<b>100</b>	<b>100</b>	-	<b>100</b>
Männlich <sup>1)</sup>	%	45,7	45,7	-	.
Weiblich	%	54,3	54,3	-	.

1) Kinder und Jugendliche mit den Geschlechtsangaben "divers" und "ohne Angabe" (nach § 22 Absatz 3 PStG) werden dem männlichen Geschlecht zugeordnet.

**6. Anrufungen des Familiengerichts und Entscheidungen über die Einleitung von Maßnahmen für Kinder und Jugendliche auf Grund einer Gefährdung des Kindeswohls**

2024

**6.1 Anrufungen des Familiengerichts**

Alter	Insgesamt	Männlich <sup>1)</sup>	Männlich <sup>1)</sup> in Prozent	Weiblich	Weiblich in Prozent
<b>Insgesamt</b>	<b>1.040</b>	<b>553</b>	<b>53,2</b>	<b>487</b>	<b>46,8</b>
Unter 6 Jahren	363	200	55,1	163	44,9
6 bis unter 14 Jahre	403	185	45,9	218	54,1
14 bis unter 18 Jahre	274	168	61,3	106	38,7

**6.2 Entscheidungen des Familiengerichts<sup>2)</sup>**

Alter	Insgesamt	Männlich <sup>1)</sup>	Männlich <sup>1)</sup> in Prozent	Weiblich	Weiblich in Prozent
<b>Insgesamt</b>	<b>1.375</b>	<b>763</b>	<b>55,5</b>	<b>612</b>	<b>44,5</b>
Unter 6 Jahren	526	295	56,1	231	43,9
6 bis unter 14 Jahre	519	265	51,0	254	48,9
14 bis unter 18 Jahre	330	203	61,5	127	38,5

**6.2.1 Entscheidungen des Familiengerichts - Dem/den Personensorgeberechtigten Auferlegung der Inanspruchnahme von Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe gem. § 1666 Abs. 3 Nr. 1 BGB**

Alter	Insgesamt	Männlich <sup>1)</sup>	Männlich <sup>1)</sup> in Prozent	Weiblich	Weiblich in Prozent
<b>Insgesamt</b>	<b>335</b>	<b>169</b>	<b>50,4</b>	<b>166</b>	<b>49,6</b>
Unter 6 Jahren	133	71	53,4	62	46,6
6 bis unter 14 Jahre	150	72	48,0	78	52,0
14 bis unter 18 Jahre	52	26	50,0	26	50,0

**6.2.2 Entscheidungen des Familiengerichts - Gegenüber dem/den Personensorgeberechtigten oder Dritten Aussprache von anderen Geboten oder Verboten gem. § 1666 Absatz 3 Nummer 2 bis 4 BGB**

Alter	Insgesamt	Männlich <sup>1)</sup>	Männlich <sup>1)</sup> in Prozent	Weiblich	Weiblich in Prozent
<b>Insgesamt</b>	<b>172</b>	<b>86</b>	<b>50,0</b>	<b>86</b>	<b>50,0</b>
Unter 6 Jahren	80	45	56,3	35	43,7
6 bis unter 14 Jahre	70	34	48,6	36	51,4
14 bis unter 18 Jahre	22	7	31,8	15	68,2



### 6.2.3 Entscheidungen des Familiengerichts - Ersetzung von Erklärungen des/der Personensorgeberechtigten gem. § 1666 Absatz 3 Nummer 5 BGB

Alter	Insgesamt	Männlich <sup>1)</sup>	Männlich <sup>1)</sup> in Prozent	Weiblich	Weiblich in Prozent
<b>Insgesamt</b>	<b>62</b>	<b>37</b>	<b>56,7</b>	<b>25</b>	<b>40,3</b>
Unter 6 Jahren	33	18	54,5	15	45,5
6 bis unter 14 Jahre	18	11	61,1	7	38,9
14 bis unter 18 Jahre	11	8	72,7	3	27,3

### 6.2.4 Entscheidungen des Familiengerichts - Vollständige Übertragung der elterlichen Sorge auf das Jugendamt oder einen Dritten als Vormund oder Pfleger gem. § 1666 Absatz 3 Nummer 6 BGB

Alter	Insgesamt	Männlich <sup>1)</sup>	Männlich <sup>1)</sup> in Prozent	Weiblich	Weiblich in Prozent
<b>Insgesamt</b>	<b>416</b>	<b>261</b>	<b>62,7</b>	<b>155</b>	<b>37,3</b>
Unter 6 Jahren	142	84	59,2	58	40,8
6 bis unter 14 Jahre	112	55	49,1	57	50,9
14 bis unter 18 Jahre	162	122	75,3	40	24,7

### 6.2.5 Entscheidungen des Familiengerichts - Teilweise Übertragung der elterlichen Sorge auf das Jugendamt oder einen Dritten als Vormund oder Pfleger gem. § 1666 Absatz 3 Nummer 6 BGB

Alter	Insgesamt	Männlich <sup>1)</sup>	Männlich <sup>1)</sup> in Prozent	Weiblich	Weiblich in Prozent
<b>Insgesamt</b>	<b>390</b>	<b>210</b>	<b>53,8</b>	<b>180</b>	<b>46,2</b>
Unter 6 Jahren	138	77	55,8	61	44,2
6 bis unter 14 Jahre	169	93	55,0	76	45,0
14 bis unter 18 Jahre	83	40	48,2	43	51,8

#### 6.2.5.1 Entscheidungen des Familiengerichts - Teilweise Übertragung der elterlichen Sorge auf das Jugendamt oder einen Dritten als Vormund oder Pfleger gem. § 1666 Absatz 3 Nummer 6 BGB - darunter nur des Personensorgerechts

Alter	Insgesamt	Männlich <sup>1)</sup>	Männlich <sup>1)</sup> in Prozent	Weiblich	Weiblich in Prozent
<b>Insgesamt</b>	<b>316</b>	<b>166</b>	<b>52,5</b>	<b>150</b>	<b>47,5</b>
Unter 6 Jahren	112	61	54,5	51	45,5
6 bis unter 14 Jahre	134	71	53,0	63	47,0
14 bis unter 18 Jahre	70	34	48,6	36	51,4

**6.2.5.1.1 Entscheidungen des Familiengerichts - Teilweise Übertragung der elterlichen Sorge auf das Jugendamt oder einen Dritten als Vormund oder Pfleger gem. § 1666 Absatz 3 Nummer 6 BGB - darunter des Personensorgerechts - darunter nur des Aufenthaltsbestimmungsrechts**

Alter	Insgesamt	Männlich <sup>1)</sup>	Männlich <sup>1)</sup> in Prozent	Weiblich	Weiblich in Prozent
<b>Insgesamt</b>	<b>84</b>	<b>52</b>	<b>61,9</b>	<b>32</b>	<b>38,1</b>
Unter 6 Jahren	37	18	48,6	19	51,4
6 bis unter 14 Jahre	34	26	76,5	8	23,5
14 bis unter 18 Jahre	13	8	61,5	5	38,5

1) Kinder und Jugendliche mit den Geschlechtsangaben "divers" und "ohne Angabe" (nach § 22 Absatz 3 PStG) werden dem männlichen Geschlecht zugeordnet.

2) Einschließlich Mehrfachzählungen, da eine Entscheidung des Familiengerichts mehrere Maßnahmen beinhalten kann.

[Zeichenerklärung](#)

**7. Kinder und Jugendliche unter Amtspflegschaft und Amtsvormundschaft sowie mit Beistandschaften bzw. für die eine Pflegeerlaubnis nach § 44 SGB VIII besteht, und Tagespflegepersonen, für die eine Pflegeerlaubnis nach § 43 SGB VIII besteht, nach Kreisfreien Städten und Landkreisen**

Am Jahresende 2024

Kreisfreie Stadt Landkreis Land	Gesetzliche Amtsvormundschaft	Bestellte Amtspflegschaft	Bestellte Amtsvormundschaft	Beistandschaften	Kinder und Jugendliche, für die eine Pflegeerlaubnis nach § 44 SGB VIII besteht	Tagespflegepersonen, für die eine Pflegeerlaubnis nach § 43 SGB VIII besteht
Chemnitz, Stadt	34	87	243	271	6	66
Erzgebirgskreis	9	120	232	258	21	42
Mittelsachsen	18	112	241	690	1	26
Vogtlandkreis	14	149	210	530	6	10
Zwickau	24	147	262	572	18	52
Dresden, Stadt	20	176	328	2.170	7	351
Bautzen	14	100	223	900	2	58
Görlitz	13	145	35	1.448	2	29
Meißen	15	85	211	964	17	65
Sächsische Schweiz- Osterzgebirge	8	63	170	1.170	1	84
Leipzig, Stadt	53	329	694	730	11	288
Leipzig	15	77	220	1.324	-	24
Nordsachsen	11	82	123	1.094	-	26
<b>Sachsen</b>	<b>248</b>	<b>1.672</b>	<b>3.192</b>	<b>12.121</b>	<b>92</b>	<b>1.121</b>

[Zeichenerklärung](#)

8. Kinder und Jugendliche, bei denen wegen einer Gefährdung des Kindeswohls eine oder mehrere familiengerichtliche Maßnahmen eingeleitet wurden, nach Kreisfreien Städten und Landkreisen

2024

Kreisfreie Stadt Landkreis Land	Anrufungen des Familiengerichtes	Familiengerichtliche Maßnahmen insgesamt <sup>1)</sup>	Dem/den Personensorgeberechtigten Auferlegung der Inanspruchnahme von Leistungen der Kinderund Jugendhilfe gem. § 1666 Abs. 3 Nr. 1 BGB	Gegenüber dem/den Personensorgeberechtigten oder Dritten Aussprache von anderen Geboten oder Verboten gem. § 1666 Absatz 3 Nummer 2 bis 4 BGB	Ersetzung von Erklärungen des/der Personensorgeberechtigten gem. § 1666 Absatz 3 Nummer 5 BGB	Vollständige Übertragung der elterlichen Sorge auf das Jugendamt oder einen Dritten als Vormund oder Pfleger gem. § 1666 Absatz 3 Nummer 6 BGB	Teilweise Übertragung der elterlichen Sorge auf das Jugendamt oder einen Dritten als Vormund oder Pfleger gem. § 1666 Absatz 3 Nummer 6 BGB
Chemnitz, Stadt	19	39	9	6	2	8	14
Erzgebirgskreis	52	48	14	10	2	8	14
Mittelsachsen	23	21	-	2	2	7	10
Vogtlandkreis	85	108	39	11	2	25	31
Zwickau	67	93	32	15	6	15	25
Dresden, Stadt	334	428	85	52	19	174	98
Bautzen	4	6	1	-	-	2	3
Görlitz	112	104	31	15	2	28	28
Meißen	36	71	17	19	11	16	8
Sächsische Schweiz- Osterzgebirge	50	64	15	8	4	18	19
Leipzig, Stadt	191	230	51	1	10	90	78
Leipzig	54	119	33	33	2	16	35
Nordsachsen	13	44	8	-	-	9	27
Sachsen	1.040	1.375	335	172	62	416	390

1) Einschließlich Mehrfachzählungen, da eine Entscheidung des Familiengerichts mehrere Maßnahmen beinhalten kann.

## 9. Sorgeerklärungen nach Kreisfreien Städten und Landkreisen

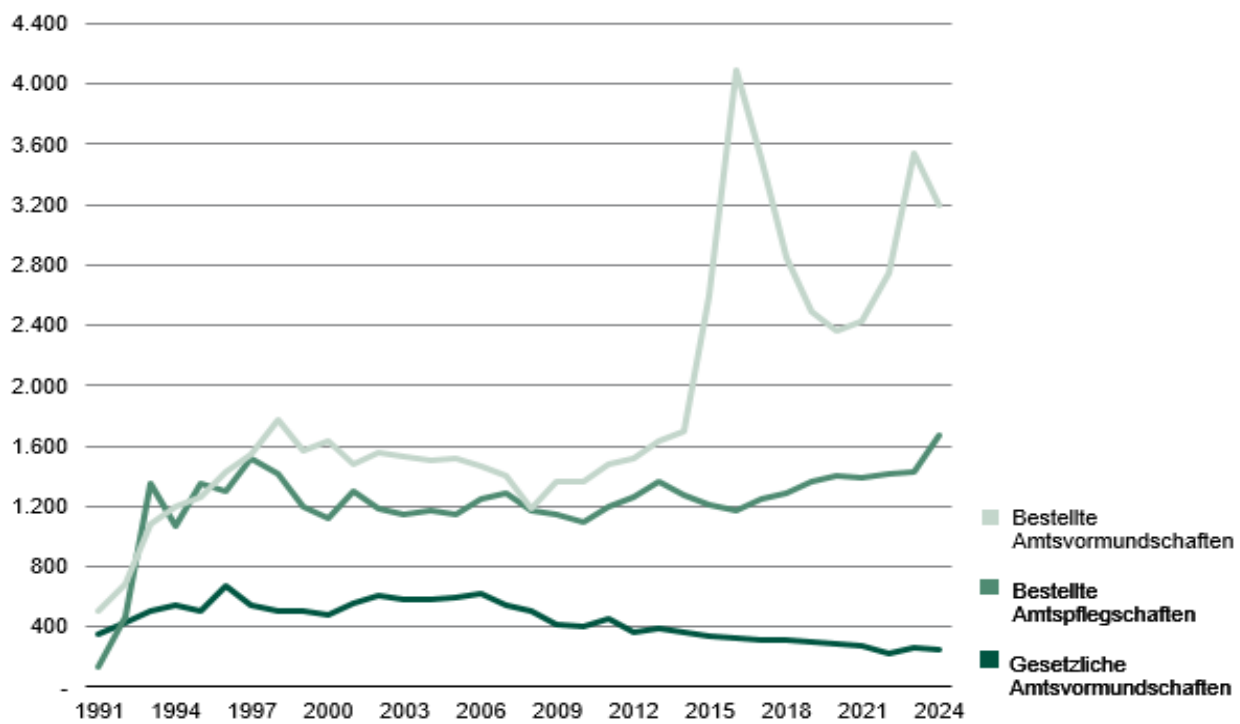
2024

Kreisfreie Stadt Landkreis Land	Begründung der gemeinsamen Sorge nicht miteinander verheirateter Eltern <sup>1)</sup>	Begründung der gemeinsamen Sorge nicht miteinander verheirateter Eltern <sup>1)</sup> durch von beiden Elternteilen abgegebene Sorgeerklärungen (§ 1626a Absatz 1 Nummer 1 BGB)	Begründung der gemeinsamen Sorge nicht miteinander verheirateter Eltern <sup>1)</sup> durch Entscheidung des Familiengerichts (§ 1626a Absatz 1 Nummer 3 BGB)
Chemnitz, Stadt	823	822	1
Erzgebirgskreis	608	608	-
Mittelsachsen	801	795	6
Vogtlandkreis	601	595	6
Zwickau	680	661	19
Dresden, Stadt	1.871	1.860	11
Bautzen	709	657	52
Görlitz	563	559	4
Meißen	325	301	24
Sächsische Schweiz- Osterzgebirge	645	645	-
Leipzig, Stadt	2.625	2.622	3
Leipzig	796	778	18
Nordsachsen	387	367	20
<b>Sachsen</b>	<b>11.434</b>	<b>11.270</b>	<b>164</b>

1) Die Erhebung zur Begründung der gemeinsamen Sorge nicht miteinander verheirateter Eltern wurde neu angeordnet durch Artikel 5 des Gesetzes zur Reform der elterlichen Sorge nicht miteinander verheirateter Eltern vom 16. April 2013 (BGBl. I S. 795).

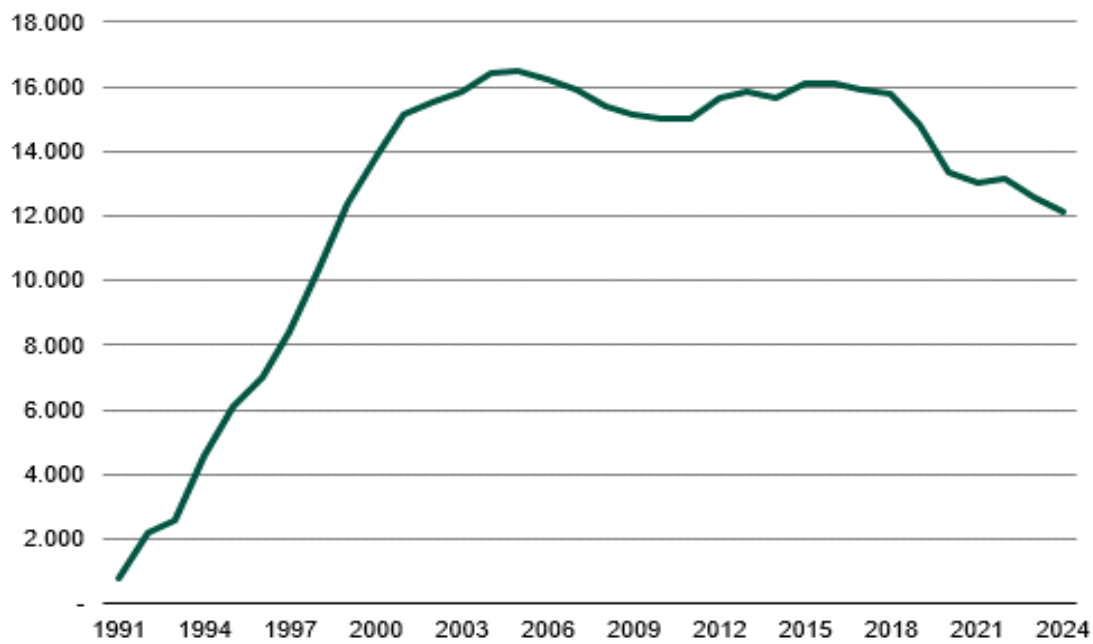
[Zeichenerklärung](#)

**Abb. 1 Kinder und Jugendliche am Jahresende unter Amtspflegschaft und Amtsvormundschaft**  
1991 bis 2024



**Abb. 2 Kinder und Jugendliche am Jahresende mit Beistandschaften**

1991 bis 2024



Qualitätsbericht

# Statistik der Pflegeerlaubnis, Pflegschaften, Vormundschaften, Beistandschaften, Sorgerecht, Sorgeerklärungen



**2024**

Erscheinungsfolge: unregelmäßig

Erschienen am 31/07/2025

Ihr Kontakt zu uns:

[www.destatis.de/kontakt](http://www.destatis.de/kontakt)

Telefon: +49 (0) 611 75 2405



Herausgeber: Statistisches Bundesamt (Destatis)

[www.destatis.de](http://www.destatis.de)

Ihr Kontakt zu uns:

[www.destatis.de/kontakt](http://www.destatis.de/kontakt)

Zentraler Auskunftsdienst:

Tel.: +49 611 75 2405

Titel

© Caviar-Premium Icons by Neway Lau, CreativMarket / eigene Bearbeitung

© nanoline icons by vuuuds, CreativMarket / eigene Bearbeitung

© Statistisches Bundesamt (Destatis), Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

# Kurzfassung

## 1 Allgemeine Angaben zur Statistik

Seite 4

- *Grundgesamtheit*: Kennzahlen zur Wahrnehmung ausgewählter Aufgaben durch die Kinder- und Jugendhilfe
- *Räumliche Abdeckung*: Deutschland, Bundesländer, Regierungsbezirke, Kreise, Gemeinden
- *Berichtszeitraum/-zeitpunkt*: Bestand am Jahresende, Neufälle im abgelaufenen Kalenderjahr
- *Periodizität*: jährlich
- *Rechtsgrundlagen*: Aches Buch Sozialgesetzbuch (SGB VIII), Bundesstatistikgesetz (BStatG)
- *Geheimhaltung*: § 16 BStatG
- *Qualitätsmanagement*: Es existieren zahlreiche Maßnahmen zur Qualitätssicherung.

## 2 Inhalte und Nutzerbedarf

Seite 6

- *Inhalte der Statistik*: Bestand: Pflegeerlaubnisse, Amtsvormundschaften, Amtspflegschaften, Beistandschaften; Neufälle im Kalenderjahr: Maßnahmen des Familiengerichts, Begründungen der gemeinsamen Sorge nicht verheirateter Eltern
- *Nutzerbedarf*: Daten zur Wahrnehmung ausgewählter Aufgaben der Kinder- und Jugendhilfe
- *Nutzerkonsultation*: Insbesondere bei Neukonzeptionen/Weiterentwicklungen

## 3 Methodik

Seite 8

- *Konzept der Datengewinnung*: Vollerhebung mittels Sammelbeleg als Online-Befragung
- *Vorbereitung und Durchführung der Datengewinnung*: Methodisch-technische Vorbereitung durch Statistisches Bundesamt, Feldarbeit, Programmierung und Aufbereitung durch Statistische Landesämter
- *Beantwortungsaufwand*: Einmalige Abfrage von Kennzahlen am Jahresende

## 4 Genauigkeit und Zuverlässigkeit

Seite 9

- *Qualitative Gesamtbewertung der Genauigkeit*: Hohe Aussagekraft und Qualität
- *Nicht-stichprobenbedingte Fehler*: Ausfälle sind minimiert bzw. weitgehend ausgeschlossen

## 5 Aktualität und Pünktlichkeit

Seite 10

- *Aktualität*: Veröffentlichung von Ergebnissen i. d. R. 8 Monate nach Ende Berichtszeitraumes
- *Pünktlichkeit*: Ergebnisse werden i. d. R. pünktlich veröffentlicht

## 6 Vergleichbarkeit

Seite 11

- *Räumliche Vergleichbarkeit*: Prinzipiell gegeben
- *Zeitliche Vergleichbarkeit*: Mit gewissen Einschränkungen seit 1991

## 7 Kohärenz

Seite 11

- *Statistikübergreifende Kohärenz*: Teil des Systems der Kinder- und Jugendhilfestatistiken
- *Statistikinterne Kohärenz*: Prinzipiell gegeben

## 8 Verbreitung und Kommunikation

Seite 12

- *Verbreitungswege*: Aktuell-Texte, Online-Datenbank, Themenseite, Social-Media
- *Richtlinien der Verbreitung*: Einheitliche Richtlinien zur Verbreitung

## 9 Sonstige fachstatistische Hinweise

Seite 13

# 1 Allgemeine Angaben zur Statistik

## 1.1 Grundgesamtheit

Grundgesamtheit der Statistik sind Kennzahlen zur Wahrnehmung ausgewählter Aufgaben durch die Kinder- und Jugendhilfe.

Im Einzelnen wird dazu jeweils der Bestand am Jahresende zu folgenden Tatbeständen erhoben:

- Den Pflegekindern, für die eine Pflegeerlaubnis nach § 44 SGB VIII besteht,
- den Tagespflegepersonen, für die eine Pflegeerlaubnis nach § 43 SGB VIII besteht,
- den Kindern und Jugendlichen in Amtsvormundschaft,
- den Kindern und Jugendlichen in Amtspflegschaft und
- den Beistandschaften für Kinder und Jugendliche.

Hinzu kommt die im Kalenderjahr neu hinzugekommene Anzahl folgender Tatbestände:

- Die Anrufungen und Entscheidungen des Familiengerichts wegen Gefährdungen des Kindeswohls und
- die Sorgeerklärungen und gerichtlichen Übertragungen der gemeinsamen elterlichen Sorge bei nicht miteinander verheirateten Eltern.

Die vorliegende Statistik wurde als Ergänzung zu den anderen Erhebungen des Systems der Kinder- und Jugendhilfestatistik konzipiert. Auskunftspflichtig sind die örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe, die die Kennzahlen bereits vorabgemeldet als Summen je Berichtsstelle am Jahresende melden.

## 1.2 Statistische Einheiten (Darstellungs- und Erhebungseinheiten)

Erhebungs- und Darstellungseinheiten sind

- Personen (Kinder und Jugendliche, Tagespflegepersonen) oder
- Tatbestände/Sachverhalte/Verfahren (z. B. Beistandschaften, Anrufungen des Familiengerichts).

## 1.3 Räumliche Abdeckung

Die Statistik wird als dezentrale Erhebung für das gesamte Bundesgebiet durchgeführt. Die Ergebnisse werden vom Statistischen Bundesamt für Deutschland und die einzelnen Bundesländer sowie für das frühere Bundesgebiet und die neuen Länder nachgewiesen (jeweils ohne Berlin). Die Statistischen Ämter der Länder weisen die jeweiligen Länderergebnisse nach Regierungsbezirken, Landkreisen, kreisfreien Städten bis maximal auf Ebene der einzelnen Gemeinde/des einzelnen Jugendamtsbezirks gemäß dem aktuell gültigen Gemeindeverzeichnis nach.

## 1.4 Berichtszeitraum/-zeitpunkt

Berichtszeitpunkt bzw. -zeitraum ist entweder

1. der Bestand am Jahresende zum Stichtag 31.12. (Pflegeerlaubnisse, Amtsvormundschaften, Amtspflegschaften und Beistandschaften) oder
2. die Zahl der Fälle für das abgelaufene Kalenderjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember (Anrufungen u. Entscheidungen des Familiengerichts, Sorgeerklärungen und gerichtliche Übertragungen der elterlichen Sorge).

## 1.5 Periodizität

Die Statistik wird jährlich durchgeführt.

## 1.6 Rechtsgrundlagen und andere Vereinbarungen

Rechtsgrundlagen sind:

1. [Achstes Buches Sozialgesetzbuch - Kinder- und Jugendhilfe \(SGB VIII\)](#) - in der Fassung der Bekanntmachung vom 11. September 2012 (BGBl. I S. 2022) und
2. [Bundesstatistikgesetz \(BStatG\)](#) in der Fassung der Bekanntmachung vom 20. Oktober 2016 (BGBl. I S. 2394)

in den jeweils geltenden Fassungen.

Die konkreten Regelungen zu der Statistik sind [§§ 98 bis 103 SGB VIII](#) zu entnehmen, darunter die Erhebungsmerkmale [§ 99 Absatz 4, 5, 6a und 6b SGB VIII](#).

## 1.7 Geheimhaltung

### 1.7.1 Geheimhaltungsvorschriften

Aufgrund der konzeptionellen Anlage der Erhebung, ist eine Geheimhaltung von Einzelangaben nur ausnahmsweise erforderlich. In diesen Fällen werden die erhobenen Einzelangaben nach § 16 Absatz 1 BStatG grundsätzlich geheim gehalten. Nur in ausdrücklich gesetzlich geregelten Ausnahmefällen (insbesondere nach § 103 SGB VIII) oder wenn die Auskunftgebenden eingewilligt haben, dürfen Einzelangaben übermittelt werden. Die Hilfsmerkmale gemäß § 100 SGB VIII (z.B. Name und Anschrift der Auskunftspflichtigen) dienen lediglich der technischen Durchführung der Statistik und werden nach Abschluss der Erhebung gelöscht. Nach § 16 Absatz 6 BStatG wird Hochschulen oder sonstigen Einrichtungen mit der Aufgabe unabhängiger wissenschaftlicher Forschung für die Durchführung wissenschaftlicher Vorhaben innerhalb speziell abgesicherter Bereiche des Statistischen Bundesamtes und der statistischen Ämter der Länder, Zugang zu formal anonymisierten Einzelangaben der Statistik gewährt, unter der Voraussetzung, dass wirksame Vorkehrungen zur Wahrung der Geheimhaltung getroffen wurden. Die Pflicht zur Geheimhaltung besteht auch für Personen, die Empfänger/-innen von Einzelangaben sind (§ 16 Absatz 10 BStatG i. V. m. § 103 SGB VIII).

### 1.7.2 Geheimhaltungsverfahren

Name und Anschrift der Auskunftspflichtigen, Name und Kontaktdaten der für Rückfragen zur Verfügung stehenden Personen sind Hilfsmerkmale, die lediglich der Durchführung der Erhebung dienen. Sie werden nach Abschluss der Überprüfung der Erhebungs- und Hilfsmerkmale auf ihre Schlüssigkeit und Vollständigkeit gelöscht. Angaben zu den Erhebungsmerkmalen werden solange verarbeitet und gespeichert, wie dies für die Erfüllung der gesetzlichen Verpflichtungen erforderlich ist. Ansonsten wird die primäre Geheimhaltung in Bezug auf die Einzeldaten sowie die Geheimhaltung von Einzelfällen in den Veröffentlichungen der amtlichen Statistik durch die manuelle Sperrung von Feldern angewandt. Geheim gehalten werden Angaben in Tabellen, die einzelnen Personen zugerechnet werden könnten (primäre Geheimhaltung). Hierunter fallen Tabellenfelder, die nur Angaben von einer oder zwei Personen enthalten (Fallzahlregel) sowie Tabellenfelder, bei denen eine Person das Ergebnis maßgeblich bestimmt (Dominanzregel). Die Ergebnisse der geheim gehaltenen Felder sind in den Gesamtsummen enthalten. Um Rückrechnungen dieser Angaben zu verhindern, werden - soweit erforderlich - weitere Zellen in den Tabellen geheim gehalten (sekundäre Geheimhaltung).

## 1.8 Qualitätsmanagement

### 1.8.1 Qualitätssicherung

Zur Qualitätssicherung greifen, je nach Phase der Statistikerstellung, verschiedene Maßnahmen, darunter insbesondere folgende:

**1. Konzeptionelle und technische Weiterentwicklung:** Die Statistik wird laufend im Bund-Länder-Verbund, insbesondere in den jährlichen Referentenbesprechungen und Arbeitsgemeinschaften der amtlichen Kinder- und Jugendhilfestatistik, konzeptionell und technisch weiterentwickelt. Dabei werden auch Bedarfe und Hinweise der zuständigen Ministerien, der Befragten selbst und der Wissenschaft, hier insbesondere des Deutschen Jugendinstituts (DJI) und der Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik (AKJStat), aufgegriffen. In unregelmäßigen Abständen ordnet der Gesetzgeber Änderungen der Erhebungsinhalte an. Zuletzt wurden anlässlich der Reform des SGB VIII im Jahr 2021 und anlässlich der sogenannten "großen Vormundschaftsreform" im Jahr 2023 inhaltliche Neuerungen in der Statistik umgesetzt.

**2. Datengewinnung:** Die Statistik wird bundesweit mit einem vollstandardisierten Online-Fragebogen<sup>1</sup> im IDEV-Format durchgeführt, der bereits erste Plausibilitätsprüfungen im Dialog enthält. Der Fragebogen enthält detaillierte und ausführliche Erläuterungen zu den Abfragen und weitergehende Hinweise und Regieanweisungen. Konsistent dazu werden die Daten umfassend mittels automatisierter und standardisierter Prüfungen auf ihre Plausibilität geprüft (Feldprüfungen, Signierprüfungen, Kombinationsprüfungen). Da eine Auskunftspflicht besteht, wird teilweise auch auf Item-Nonresponse geprüft. So ist es für die Befragten möglich, bereits bei Dateneingabe fehlerhafte, inkonsistente oder unplausible Eingaben im Dialog selbst zu überprüfen und zu korrigieren. Im den Jahren 2022 und 2023 wurden die Statistikänderungen zur besseren Nachvollziehbarkeit im neuen Dokumentationsbogen markiert und den Berichtspflichtigen im Vorfeld und zum Download auf der Startseite des Online-Fragebogens zur Verfügung gestellt. Neben diesen Maßnahmen stehen den Befragten bei Rückfragen eine FAQ-Liste und ganzjährig Ansprechpersonen in den zuständigen Statistischen Ämtern zur Verfügung.

---

<sup>1</sup> Der aktuelle Online-Fragebogen (Nr. 22522) kann bei verschiedenen Statistischen Landesämtern über den Gastzugang unter folgendem Link eingesehen werden: <https://www.idev.nrw.de/idev/OnlineMeldung?inst=>.

**3. Datenaufbereitung:** Zur Sicherung der inhaltlichen Plausibilität und internen Konsistenz sind Eingangskontrollen, manuelle Vorprüfungen, Vollzähligkeitsprüfungen und maschinelle Plausibilitätsprüfungen (Feld-, Signier- und Kombinationsprüfungen) teilweise im Dialog während der Dateneingabe in den Online-Fragebogen integriert; dazu zählen auch Prüfungen, die Item-Nonresponse minimieren. Zusätzlich werden die Daten - nach vollständigem Dateneingang - in einem Endlauf durch die Statistischen Ämter der Länder abschließend plausibilisiert. Bei Bedarf werden hierbei verbliebene Unstimmigkeiten durch Rückfragen per Mail oder Telefon mit den Auskunftspflichtigen geklärt.

**4. Datenvalidierung:** Die Statistischen Ämter prüfen und analysieren ihre Ergebnisse nach Fertigstellung standardmäßig im Hinblick auf deren inhaltliche Plausibilität und interne Konsistenz. Auffälligkeiten werden vom Statistischen Bundesamt mit den Statistischen Landesämtern und von den Statistischen Landesämtern mit den Berichtsstellen durch Rückfragen und Bestätigungen, geklärt; sofern bekannt, werden auch deren Ursachen den Nutzenden in den Veröffentlichungen der amtlichen Statistik transparent gemacht.

**5. Geheimhaltung:** Aufgrund der konzeptionellen Anlage der Erhebung ist eine Geheimhaltung nur ausnahmsweise erforderlich. In diesen Fällen werden die Ergebnisse vor Veröffentlichung gemäß § 16 BStatG mittels Zellsperren manuell geheim gehalten. Als Hilfestellung steht den Statistischen Ämtern dafür ein interner Geheimhaltungsleitfaden zur Verfügung.

**6. Veröffentlichung:** Der vorliegende Qualitätsbericht fasst, auch als Bestandteil des Qualitätsmanagements, die wichtigsten methodischen Informationen zur Statistik zusammen. Ansonsten werden qualitative Einschränkungen bei Veröffentlichung der Daten transparent gemacht.

## 1.8.2 Qualitätsbewertung

Aufgrund der gesetzlichen Auskunftspflicht, der Konzeption als Totalerhebung und Wiederholungsbefragung, der Routine der Statistik und den umfassenden Maßnahmen zur Qualitätssicherung (siehe Punkt 1.8.1) ist die Qualität der Ergebnisse als hoch einzustufen. Dies gilt insbesondere für die Genauigkeit, Zuverlässigkeit und Vergleichbarkeit der Ergebnisse. Einschränkungen, z. B. eine erhöhte Fehleranfälligkeit, können sich stellenweise dadurch ergeben, dass der als Sammelbeleg konzipierte Fragebogen aufgrund unterschiedlicher Zuständigkeiten i. d. R. durch unterschiedliche Personen innerhalb der Berichtsstelle ausgefüllt wird. Als Gegenmaßnahme wurden die automatisierten Vollständigkeitsprüfungen im Jahr 2025 geschärft und greifen nun abschnittsweise.

# 2 Inhalte und Nutzerbedarf

## 2.1 Inhalte der Statistik

### 2.1.1 Inhaltliche Schwerpunkte der Statistik

Ziel der Statistik ist es - insbesondere als Ergänzung zu den anderen Erhebungen des Systems der Kinder- und Jugendhilfestatistik - anhand von ausgewählten Kennzahlen, einen Überblick über die Wahrnehmung der sogenannten "anderen Aufgaben der Kinder- und Jugendhilfe" (gemäß SGB VIII) zu erhalten. Erfasst werden dazu verschiedene Kennzahlen, die überwiegend in Verbindung zum Sorgerecht stehen, gegliedert nach ausgewählten zusätzlichen Merkmalen. Zu den Kennzahlen zählt im Einzelnen der Bestand:

- an Pflegekindern, für die eine Pflegeerlaubnis nach § 44 SGB VIII vorliegt,
- an Tagespflegepersonen für die eine Pflegeerlaubnis nach § 43 SGB VIII besteht,
- an Kindern und Jugendlichen in Amtsvormundschaft und Amtspflegschaft sowie
- an Beistandschaften für Kinder und Jugendliche am Jahresende.

Ergänzend dazu erfasst die Statistik für das abgelaufene Kalenderjahr:

- die Anrufungen und Entscheidungen des Familiengerichts wegen Gefährdungen des Kindeswohls und
- die Sorgeerklärungen und gerichtlichen Übertragungen der gemeinsamen elterlichen Sorge bei nicht miteinander verheirateten Eltern.

### 2.1.2 Klassifikationssysteme

Die regionale Zuordnung der Ergebnisse erfolgt anhand des Gemeindeverzeichnisses (GV100) in der jeweils aktuellen Fassung. Dabei werden die Bundesergebnisse durch das Statistische Bundesamt maximal auf Bundesländer- und die Länderergebnisse durch das jeweils zuständige Statistische Landesamt bis maximal auf Ebene der einzelnen Gemeinde/des einzelnen Jugendamtsbezirkes nachgewiesen.

### 2.1.3 Statistische Konzepte und Definitionen

#### **Pflegekinder, für die am Jahresende eine Pflegeerlaubnis (§ 44 SGB VIII) besteht**

Erfasst werden am Jahresende alle Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren, die sich dauernd oder nur für einen Teil der Woche, jedoch regelmäßig außerhalb des Elternhauses in Familienpflege befinden und für die eine

Pflegeerlaubnis nach § 44 SGB VIII erteilt worden ist. Nicht dazu zählen Kinder und Jugendliche in Vollzeitpflege nach § 33 SGB VIII. Man unterscheidet zwischen Voll- und Wochenpflege:

**1. Vollpflege** ist die ununterbrochene Pflege bei Tag und Nacht und

**2. Wochenpflege** ist die regelmäßige, nicht nur gelegentliche Pflege über Tag und Nacht während eines Teils der Woche.

#### **Tagespflegepersonen, für die am Jahresende eine Pflegeerlaubnis (§ 43 SGB VIII) besteht**

Einbezogen werden alle Tagespflegepersonen, für die am Jahresende eine Pflegeerlaubnis nach § 43 SGB VIII besteht. Nach § 43 SGB VIII bedürfen alle Personen, die Kinder außerhalb des Haushaltes des Erziehungsberechtigten während eines Teils des Tages und mehr als 15 Stunden wöchentlich gegen Entgelt länger als drei Monate betreuen, einer Erlaubnis des Jugendamtes.

#### **Amtsvormundschaften am Jahresende**

Erhoben wird die Anzahl der Kinder und Jugendlichen, die sich am Jahresende in gesetzlicher oder bestellter Amtsvormundschaft befinden.

Mit "**gesetzlicher Amtsvormundschaft**" sind alle Fälle gemeint, bei denen das Jugendamt, aufgrund des Ruhens der elterlichen Sorge, kraft Gesetzes die Vormundschaft übernommen hat. Dies sind im Einzelnen:

1. Alle Kinder, deren Eltern bei ihrer Geburt nicht miteinander verheiratet waren und die eines Vormundes nach § 1786 BGB bedurften, weil sie nicht unter elterlicher Sorge standen. Dazu zählen auch die Fälle, bei denen das Kind eines Vormundes bedurfte, weil die Vaterschaft durch Anfechtung beseitigt wurde.
2. Alle Kinder, für die im Rahmen einer vertraulichen Geburt eine Amtsvormundschaft nach § 1787 BGB eingerichtet wurde.
3. Alle Fälle, bei denen das Jugendamt die Vormundschaft aufgrund der Freigabe eines Kindes zur Adoption nach § 1751 Absatz 1 BGB übernommen hat.

Mit "**bestellter Amtsvormundschaft**" sind alle Fälle nach § 1774 BGB gemeint, bei denen das Familiengericht die Vormundschaft auf das Jugendamt übertragen hat. Dazu zählen auch jene Fälle, bei denen das Familiengericht nach § 1781 BGB einen vorläufigen Amtsvormund bestellt hat. Liegt am Jahresende sowohl eine gesetzliche als auch eine bestellte Amtsvormundschaft vor, wird nur die bestellte Amtsvormundschaft gezählt.

#### **Amtspflegschaften am Jahresende**

Es wird der Bestand der "**bestellten Amtspflegschaften**" am Jahresende erhoben. Das sind alle Fälle, bei denen das Jugendamt eine Pflegschaft nach §§ 1776, 1777 oder 1809 bis 1813 BGB aufgrund einer Entscheidung des Familiengerichts übernommen hat. Dazu gehören auch alle vorläufigen Amtspflegschaften nach § 55 SGB VIII.

Die Teilmenge "**Unterhaltspflegschaft**" umfasst alle Fälle von bestellten Amtspflegschaften, bei denen sich die Sorge ausschließlich auf den Unterhalt erstreckt.

#### **Beistandschaften am Jahresende**

Erfasst wird der Bestand der Beistandschaften nach §§ 1712 bis 1717 BGB am Jahresende. Dabei handelt es sich um die Unterstützung eines alleinerziehenden, sorgeberechtigten Elternteils auf dessen Antrag durch das Jugendamt. Beistände nehmen keine Angelegenheiten der elterlichen Sorge wahr, sondern unterstützen Sorgeberechtigte bei der Ausübung der elterlichen Sorge. Beistandschaften können zur Feststellung der Vaterschaft und/oder zur Geltendmachung von Unterhaltsansprüchen beantragt werden. Die hier erfassten Beistandschaften sind daher von Erziehungsbeistandschaften (§ 30 SGB VIII) nach Voraussetzungen und Aufgabenstellung zu unterscheiden.

#### **Anrufungen des Familiengerichts wegen Gefährdungen des Kindeswohls**

Erfasst werden für das abgelaufene Kalenderjahr alle Anrufungen des Familiengerichts wegen einer Gefährdung des Kindeswohls, insbesondere nach § 8a Absatz 2 Satz 1 oder § 42 Absatz 3 Satz 2 Nummer 2 SGB VIII.

#### **Maßnahmen des Familiengerichts wegen Gefährdungen des Kindeswohls**

Erhoben werden für das abgelaufene Kalenderjahr alle Maßnahmen des Familiengerichts wegen Gefährdungen des Kindeswohls, die auf Grund einer Anrufung durch das Jugendamt eingeleitet wurden. Familiengerichtliche Maßnahmen nach § 1666 Absatz 3 BGB können eingeleitet werden, wenn das Kindeswohl gefährdet ist und die Personensorgeberechtigten nicht bereit oder in der Lage waren, die Gefahr für das Kind abzuwenden bzw. bei der Gefährdungseinschätzung mitzuwirken (§ 8a Absatz 2 Satz 1 SGB VIII) oder einer Inobhutnahme widersprachen (§ 42 Absatz 3 Satz 2 Nummer 2 SGB VIII) oder die Anrufung auf andere Weise eingeleitet wurde. Da pro Fall mehrere Maßnahmen eingeleitet werden können, sind hier Mehrfachzählungen von Kindern oder Jugendlichen möglich, d. h. die Summe aller Maßnahmen ist nicht mit der Zahl der betroffenen Kinder/Jugendlichen und auch nicht mit der Zahl der Entscheidungen des Familiengerichts gleichzusetzen.

#### **© Statistisches Bundesamt (Destatis), 2025**

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

1. Durch das Familiengericht kann u. a. die Inanspruchnahme von **Hilfen nach dem Achten Buch Sozialgesetzbuch** angeordnet werden (§ 1666 Absatz 3 Nummer 1 BGB). Dazu zählen zum Beispiel Beratungen nach §§ 16 bis 18 SGB VIII oder Hilfen zur Erziehung nach §§ 27 ff. SGB VIII.

2. Nach § 1666 Absatz 3 Nummer 2 bis 4 BGB kann das Familiengericht gegenüber den Personensorgeberechtigten oder Dritten **Gebote und Verbote** aussprechen. Dazu zählen:

- Gebote für die Einhaltung der Schulpflicht zu sorgen,
- Verbote, Orte, an denen sich das Kind regelmäßig aufhält, aufzusuchen (z. B. die Familienwohnung oder bestimmte andere Orte) oder sich in einem bestimmten Umkreis der Wohnung aufzuhalten und
- Verbote, Kontakt mit dem Kind aufzunehmen oder Zusammentreffen herbeizuführen.

3. Das Familiengericht kann **Erklärungen der Personensorgeberechtigten ersetzen** (§ 1666 Absatz 3 Nummer 5 BGB). Dazu zählt z. B. die Einwilligung in die Inanspruchnahme von Hilfen zur Erziehung nach §§ 27 ff. SGB VIII oder die Zustimmung zur Inobhutnahme eines Kindes (§ 42 SGB VIII).

4. Die **elterliche Sorge** kann **vollständig oder teilweise** durch das Familiengericht **entzogen** (§ 1666 Absatz 3 Nummer 6 BGB) und auf das Jugendamt oder einen Dritten als Vormund oder Pfleger übertragen werden.

### **Sorgeerklärungen**

Erfasst wird für das abgelaufene Kalenderjahr die Anzahl der Begründungen der gemeinsamen Sorge nicht miteinander verheirateter Eltern. Dabei wird danach differenziert, ob es sich um Sorgeerklärungen handelt, die durch beide Elternteile abgegeben wurden (§ 1626a Absatz 1 Nummer 1 BGB) oder ob ihnen das Familiengericht die elterliche Sorge ganz oder zum Teil gemeinsam übertragen hat (§ 1626a Absatz 1 Nummer 3 BGB). Einbezogen sind im zuerst genannten Fall seit 2023 auch ausdrücklich Sorgeerklärungen, die bereits vor der Geburt des Kindes abgegeben wurden (§ 1626b Absatz 2 BGB).

### **Geschlecht**

Das Geschlecht der Kinder oder Jugendlichen wird (als Summe je Berichtsstelle) in folgender Aufgliederung erhoben: männlich, weiblich, ohne Angabe (nach Geburtenregister), divers. Es ist dabei so anzugeben, wie es im Geburtenregister erfasst ist. Die Antwortmöglichkeit „ohne Angabe“ oder „divers“ ist nur dann auszuwählen, wenn im Geburtenregister „ohne Angabe“ oder „divers“ eingetragen ist. „Ohne Angabe“ ist also keine Antwortoption, um in dieser Erhebung keine Auskunft zum Geschlecht zu geben. Beim Ergebnismachweis werden die Geschlechtsangaben „ohne Angabe (nach Geburtenregister)“ und „divers“ aus Geheimhaltungsgründen standardmäßig dem männlichen Geschlecht zugeordnet. Über eine separate Tabelle ist das Geschlecht auf Anforderung aber in voller Aufgliederung verfügbar.

## **2.2 Nutzerbedarf**

Mit der Statistik sollen umfassende und zuverlässige statistische Daten zur Wahrnehmung ausgewählter Aufgaben durch die Kinder- und Jugendhilfe, insbesondere in den Bereichen Pflegeerlaubnis, Pflegschaften, Vormundschaften, Beistandschaften und Sorgerecht sowie Anrufungen und Entscheidungen des Familiengerichts bereitgestellt werden. Die Ergebnisse werden für regionale und zeitliche Vergleiche sowohl hinsichtlich der Zahl der betroffenen Kinder und Jugendlichen als auch hinsichtlich der Entwicklung der erfassten Tatbestände benötigt. Ferner dienen die Angaben zur Beantwortung aktuellen jugendpolitischen Fragestellungen sowie zur Verfolgung der gesellschaftlichen Entwicklung im Bereich der elterlichen Sorge. In einem größeren Kontext dient die Statistik als Teil des Systems der Kinder- und Jugendhilfestatistiken dazu, das Kinder- und Jugendhilferecht und damit auch das Kinder- und Jugendhilfesystem zu evaluieren und weiterzuentwickeln (§ 99 Absatz 1 SGB VIII).

Zu den Hauptnutzern der Statistik zählen Ministerien des Bundes und der Länder, Kommunen (z. B. Jugendhilfeausschüsse), wissenschaftliche Institute, Universitäten, Medien und Studenten.

## **2.3 Nutzerkonsultation**

Das Erhebungskonzept wurde zur Einführung des neuen Kinder- und Jugendhilfegesetzes (SGB VIII) im Jahr 1990 bzw. 1991 von der Arbeitsgruppe Jugendhilfestatistik der Arbeitsgemeinschaft der obersten Landesjugendbehörden (AGOLJB) erstellt. In der Arbeitsgruppe Jugendhilfestatistik waren seinerzeit Fachministerien einzelner Bundesländer, das Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit, die Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter, die Kommunalen Spitzenverbände, die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege und die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder vertreten.

Entsprechend den Anforderungen aus Politik, Wissenschaft und Praxis wird u. a. in Zusammenarbeit mit der Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik (AKJ<sup>Stat</sup>) an der Universität Dortmund die Kinder- und Jugendhilfestatistik kontinuierlich fachlich weiterentwickelt und analysiert.

## 3 Methodik

### 3.1 Konzept der Datengewinnung

Die dezentrale Statistik wird als Vollerhebung bei den örtlichen Trägern der öffentlichen Jugendhilfe durchgeführt (Jugendämtern). Das Adressmaterial für die Berichtskreiserstellung ist im Fall der öffentlichen Träger frei verfügbar und gestaltet sich für die Statistischen Ämter der Länder daher unproblematisch. Die Erfassung erfolgt ausschließlich als Primärerhebung über einen vollstandardisierten Online-Fragebogen im IDEV-Format. Eine Besonderheit ist die Konzeption des Fragebogens als Sammelbeleg, in den durch die Berichtsstellen nur einmal jährlich bereits voraggregierte Summen eingetragen werden. Nach Erfassung, Prüfung, Aufbereitung, Validierung und Auswertung der Daten durch die Statistischen Ämter der Länder werden die im Bund-Länder-Verbund abgestimmten Ergebnistabellen als Summensätze an das Statistische Bundesamt übermittelt. Das Bundesamt führt sie dort zum Bundesergebnis zusammen, prüft, validiert, setzt die Geheimhaltung um und veröffentlicht das Bundesergebnis. Die Statistischen Ämter der Länder setzen parallel ihrerseits die Geheimhaltung um und veröffentlichen üblicherweise kurz vor dem Bund die länderbezogenen Ergebnisse.

### 3.2 Vorbereitung und Durchführung der Datengewinnung

Die Statistik wird arbeitsteilig von Bund und Ländern durchgeführt: Das Erhebungskonzept, die Erhebungsinstrumente, die Dokumentationsunterlagen, Aufbereitungsprogramme und das Bundesergebnis werden vom Statistischen Bundesamt vorbereitet. Die Durchführung der statistischen Erhebung (Feldarbeit), die Programmierung, die Aufbereitung der Daten und Veröffentlichung der länderbezogenen Ergebnisse sind Aufgaben der Statistischen Ämter der Länder. Die Geheimhaltung und Ergebnisveröffentlichung setzt jedes Statistische Amt für sich selbst um.

### 3.3 Datenaufbereitung (einschl. Hochrechnung)

Die Daten werden mithilfe spezieller bundeseinheitlicher IT-Werkzeuge und Programme durch die Statistischen Ämter der Länder aufbereitet. Darunter fällt insbesondere die umfassende maschinelle Plausibilisierung und Zusammenführung der Ergebnisse. Verbliebene Unstimmigkeiten oder inhaltliche Inkonsistenzen werden durch Rückfragen bei den Auskunftspflichtigen geklärt. Vor Veröffentlichung wird in den Tabellen die Geheimhaltung mittels Zellsperren manuell umgesetzt. Da es sich um eine Vollerhebung mit gesetzlicher Auskunftspflicht handelt, sind Imputationen, Gewichtungen, Hochrechnungen oder Korrekturen von Antwortausfällen nicht erforderlich.

### 3.4 Preis- und Saisonbereinigung; andere Analyseverfahren

Die genannten und darüber hinausgehende Bereinigungsverfahren werden nicht angewandt, da weder Preise ermittelt werden, noch saisonale Effekte etc. bekannt sind.

### 3.5 Beantwortungsaufwand

Die Statistik wird als Primärerhebung durchgeführt, bei der vorliegende Verwaltungsdaten statistisch weiterverwendet werden. Zur Minimierung des Beantwortungsaufwandes brauchen die Berichtsstellen lediglich einmal pro Jahr bereits aufaggregierte Kennzahlen zu liefern.

## 4 Genauigkeit und Zuverlässigkeit

### 4.1 Qualitative Gesamtbewertung der Genauigkeit

Die Statistik der Pflegeerlaubnis, Pflegschaften, Vormundschaften, Beistandschaften, Sorgerecht, Sorgeerklärungen wird jährlich als Vollerhebung bei den örtlichen Trägern der öffentlichen Jugendhilfe durchgeführt. Systematische Fehler in der Erfassungsgrundlage sind aufgrund der leichten Verfügbarkeit des Adressmaterials sowie der Überschaubarkeit und geringen Fluktuation des Berichtskreises nahezu ausgeschlossen. Angesichts der gesetzlichen Auskunftspflicht und umfassender Plausibilitätsprüfungen ist die Wahrscheinlichkeit für systematische Ausfälle von Erhebungseinheiten (Unit-Nonresponse) und Merkmalen (Item-Nonresponse) minimiert. Insgesamt ist die Genauigkeit und Zuverlässigkeit der Ergebnisse damit als hoch einzuschätzen. Einschränkungen, insbesondere eine erhöhte Fehleranfälligkeit, können sich stellenweise dadurch ergeben, dass der als Sammelbeleg konzipierte Fragebogen aufgrund unterschiedlicher Zuständigkeiten i. d. R. durch unterschiedliche Personen innerhalb der Berichtsstelle ausgefüllt wird.

Ansonsten sind folgende Besonderheiten bzw. Qualitätseinschränkungen zur Statistik bekannt (s. Tabelle 1):



**Tabelle 1: Methodische Hinweise, Einschränkungen und lokale Datenausfälle in der Statistik**

Jahr	Methodischer Hinweis
2012	Aufgrund fehlender Rechtsgrundlage durften für das Berichtsjahr 2012 keine Daten zu den Sorgeerklärungen erhoben werden.
2021	Anrufungen des Familiengerichts werden erstmals wieder ab 2021 erhoben.
2023	<p><b>Nordrhein-Westfalen:</b> Aufgrund eines Cyberangriffs auf den IT-Dienstleister Südwestfalen-IT wurden für die Stadt Rösrath und die Kreise Olpe und Siegen-Wittgenstein keine Daten gemeldet. Für die Stadt Schwerte konnten deswegen von Januar bis Dezember 2023 nur wenige Meldungen berücksichtigt werden. Ein Vergleich mit den Vorjahresergebnissen ist dadurch nur sehr eingeschränkt möglich.</p> <p><b>Baden-Württemberg:</b> Aufgrund ungeplanter Personalausfälle konnten zu Abschnitt E (Anrufungen und Entscheidungen des Familiengerichts wegen Gefährdungen des Kindeswohls) keine Daten von der Berichtsstelle Sigmaringen 2023 erfasst werden.</p>
2024	<p><b>Bayern (Anrufungen und Entscheidungen des Familiengerichts):</b> Anrufungen und Entscheidungen des Familiengerichts: Keine Meldung von Leistungen, Ge- und Verboten sowie Erklärungen nach § 1666 Absatz 3 Nummer 1 bis 5 BGB aus den Städten Regensburg und Nürnberg. Stadt Regensburg zusätzlich keine Meldung zu den Anrufungen des Familiengerichts wegen Gefährdung des Kindeswohls. Grund für den Ausfall sind erfassungstechnische Probleme bei den genannten Merkmalen in den beiden Berichtsstellen. Aussagekraft und Vergleichbarkeit der Ergebnisse sind daher für die betroffenen Gebietseinheiten eingeschränkt.</p> <p><b>Hamburg (Tagespflegepersonen mit Pflegeerlaubnis nach § 43 SGB VIII):</b> Im Jahr 2024 ist aufgefallen, dass für Hamburg in der Vergangenheit nicht alle Tagespflegepersonen gemeldet wurden, sondern nur aktive Tagespflegepersonen. Der Fehler konnte von der betreffenden Berichtsstelle für 2024 korrigiert werden, jedoch nicht für zurückliegende Jahre. Der vermeintliche Anstieg im Jahr 2024 lässt sich durch diesen Sachverhalt erklären.</p>

## 4.2 Stichprobenbedingte Fehler

Da es sich bei der Statistik der Pflegeerlaubnis, Pflegschaften, Vormundschaften, Beistandschaften, Sorgerecht, Sorgeerklärungen um eine Vollerhebung handelt, können stichprobenbedingte Fehler nicht auftreten.

## 4.3 Nicht-Stichprobenbedingte Fehler

*Systematische Fehler durch Mängel in der Erfassungs-/Auswahlgrundlage:*

Die Identifizierung der örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe (= Auskunftspflichtige) ist für die Statistischen Ämter der Länder unproblematisch, da das Adressmaterial leicht zugänglich und die öffentliche Verwaltung nach klaren Strukturen und Zuständigkeiten geregelt ist. Das Adressmaterial ist in der Regel aktuell, in Ausnahmefällen können Adressen ohne größere Probleme nachrecherchiert werden. Systematische Fehler durch Mängel in der Erfassungs- und Auswahlgrundlage sind daher bei dieser Statistik nahezu ausgeschlossen.

*Verzerrungen durch Antwortausfälle auf Ebene der Einheiten und Merkmale:*

Für die Statistik besteht eine gesetzliche Auskunftspflicht (§ 102 SGB VIII i. V. m. § 15 BStatG), die die Befragten dazu verpflichtet, die Auskunft wahrheitsgemäß, vollständig und fristgerecht zu erteilen (§ 15 Absatz 5 BStatG). Ausfälle sind daher selten, treten aber vereinzelt auf, z. B. weil an der Beantwortung des Fragebogens i. d. R. verschiedene Auskunftspflichtige (aufgrund unterschiedlicher Zuständigkeiten) beteiligt sind und Angaben versehentlich vergessen werden. Für diese Fälle wurden spezielle Plausibilitätsprüfungen (Vollständigkeitsprüfungen) in den Online-Fragebogen integriert. Sonstige Ausfälle werden üblicherweise im Erhebungsprozess erkannt und - sofern sie nachträglich nicht bereinigt werden können - den Nutzenden bei Veröffentlichung der Ergebnisse transparent gemacht.

*Verzerrungen durch Mess- und Aufbereitungsfehler:*

Ansonsten werden Mess- und Aufbereitungsfehler durch umfassende Plausibilitätsprüfungen minimiert bzw. sind weitgehend ausgeschlossen.

## 4.4 Revisionen

### 4.4.1 Revisionsgrundsätze

Im Rahmen der Statistik werden keine vorläufigen Ergebnisse veröffentlicht. Die veröffentlichten Daten gelten in der Regel als endgültig.

#### **4.4.2 Revisionsverfahren**

Nicht relevant (siehe 4.4.1).

#### **4.4.3 Revisionsanalysen**

Nicht relevant (siehe 4.4.1).

## **5 Aktualität und Pünktlichkeit**

### **5.1 Aktualität**

Die Erhebung der Statistik wird nach Ende des Berichtsjahres durch die auskunftspflichtigen Stellen abgeschlossen. Spätestens zum 1. Februar des Folgejahres sind die Daten an die jeweiligen Statistischen Ämter der Länder zu melden. Die Bundesergebnisse werden in der Regel 8 Monate nach Ablauf des Berichtszeitraumes vom Statistischen Bundesamt veröffentlicht. Die Veröffentlichung der Länderergebnisse erfolgt üblicherweise etwas früher.

### **5.2 Pünktlichkeit**

Die geplanten Veröffentlichungstermine werden in der Regel eingehalten.

## **6 Vergleichbarkeit**

### **6.1 Räumliche Vergleichbarkeit**

Die Erhebungsmethoden, -abläufe und -instrumente sind in allen Bundesländern und für das gesamte Bundesgebiet standardisiert. Die Ergebnisse sind daher sachlich und räumlich vergleichbar. Nach der Bezirksreform in Berlin im Jahr 2001 können die Angaben nicht mehr nach dem Ost- und Westteil der Stadt aufgliedert werden. Der Nachweis der Ergebnisse für das frühere Bundesgebiet und die neuen Länder erfolgt daher jeweils ohne die Daten von Berlin.

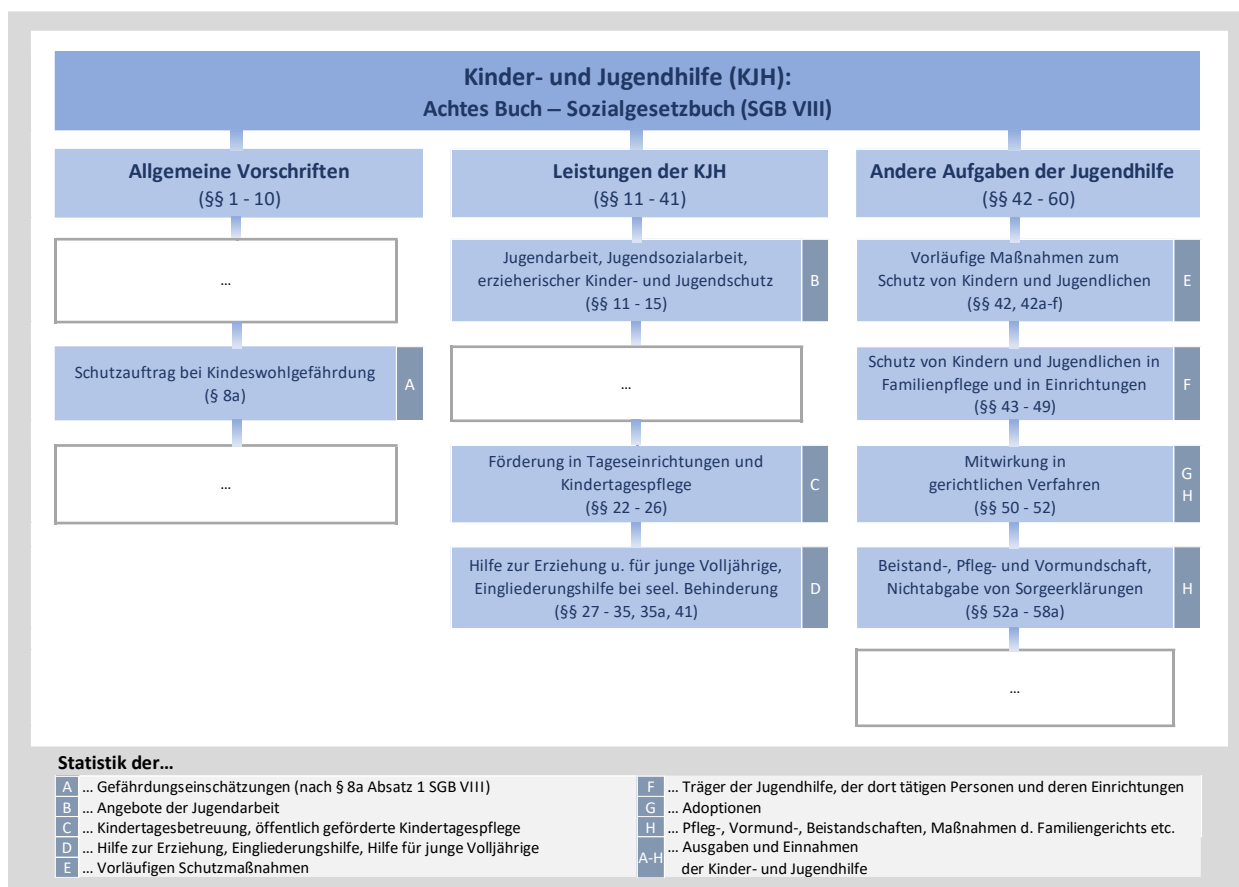
### **6.2 Zeitliche Vergleichbarkeit**

Durch Änderungen im Kinder- und Jugendhilferecht (SGB VIII) sind die Angaben zu den Kindern in erlaubnispflichtiger Tagespflege sowie die Zahl der Vaterschaftsfeststellungen nur bis zum Jahr 2004 vorhanden und somit auch vergleichbar. Ab dem Jahr 2004 stehen Angaben zum gemeinsamen Sorgerecht und ab dem Jahr 2005 Angaben zur Anzahl der Tagespflegepersonen mit Erlaubnis nach § 43 SGB VIII zur Verfügung sowie ab dem Jahr 2012 auch Angaben zu den Maßnahmen des Familiengerichts. Ab 2021 wurden die Anrufungen des Familiengerichts neu in die Statistik aufgenommen. Anlässlich der "großen Vormundschaftsreform" im Jahr 2023 wurden stellenweise die Erläuterungen und Definitionen zur Statistik an die neuen gesetzlichen Grundlagen angepasst.

## **7 Kohärenz**

### **7.1 Statistikübergreifende Kohärenz**

**Schaubild 1: Das Kinder- und Jugendhilferecht und die Kinder- und Jugendhilfestatistiken**



Grafik: Manuela Nöthen

Die Erhebungsinhalte aller Teile der Kinder- und Jugendhilfestatistiken ergänzen sich gegenseitig und sind so aufeinander abgestimmt, dass zusammenhängende Aussagen zu verschiedenen Leistungs- und Aufgabenbereichen der Kinder- und Jugendhilfe sowie den daraus resultierenden Ausgaben möglich sind (s. Schaubild 1).

Auch eine Harmonisierung der Definitionen, Klassifikationen, Abfragen und Abgrenzungen wird innerhalb des Systems der Kinder- und Jugendhilfestatistiken (sofern sie sinnvoll und praktikabel ist) angestrebt. Darüber hinaus lassen sich bei den Kinder- und Jugendhilfestatistiken über einzelne Frageinhalte Bezüge zueinander herstellen.

## 7.2 Statistikinterne Kohärenz

Einschränkungen ergeben sich stellenweise im Zeitverlauf durch gesetzliche Änderungen und/oder neue Informationsbedarfe, die durch die Statistik abgebildet werden sollen. Ansonsten weist die Statistik keine Inkonsistenzen auf und ist somit intern kohärent.

## 7.3 Input für andere Statistiken

Entfällt.

# 8 Verbreitung und Kommunikation

## 8.1 Verbreitungswege

### Pressemitteilungen

Jährlich werden üblicherweise im August die Bundesergebnisse der Statistik - i. d. R. zusammen mit einem Aktuell-Text - veröffentlicht unter:

<https://www.destatis.de> veröffentlicht.

Kurz vorher werden i. d. R. die Länderergebnisse verbreitet.

### Veröffentlichungen

Ergebnisse werden im Internet über die Datenbank GENESIS-Online angeboten (Such-Code: 22522):

<https://www-genesis.destatis.de/genesis/online?sequenz=statistikTabellen&selectionname=22522#abreadcrumb>

Ergebnisse und Erläuterungen sind zudem im Internet auf der Themenseite "Adoptionen und Sorgerecht" unter folgendem Link abrufbar:

[https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Soziales/Adoptionen/\\_inhalt.html#138750](https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Soziales/Adoptionen/_inhalt.html#138750)

Länderergebnisse sind bei den jeweiligen Statistischen Ämtern der Länder über das Internet und auf Anfrage erhältlich.

### **Online-Datenbank**

Ergebnisse werden über die Datenbank GENESIS-Online angeboten (Such-Code: 22522):

<https://www-genesis.destatis.de/genesis/online?sequenz=statistikTabellen&selectionname=22522#abreadcrumb>

### **Zugang zu Mikrodaten**

./.

### **Sonstige Verbreitungswege**

Themenseite, Pressemitteilungen, Social-Media-Beiträge und weitergehende Veröffentlichungen.

## **8.2 Methodenpapiere/Dokumentation der Methodik**

./.

## **8.3 Richtlinien der Verbreitung**

### **Veröffentlichungskalender**

Die Veröffentlichungstermine der Bundesergebnisse werden online in der öffentlich zugänglichen Terminvorschau für Presseveröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes festgehalten. Sie wird jeweils am Freitag 10:00 Uhr MEZ für die Folgewoche bekannt gegeben.

### **Zugriff auf den Veröffentlichungskalender**

Die Terminvorschau kann eingesehen werden unter:

<https://www.destatis.de> > Presse & Service > Presse

### **Zugangsmöglichkeiten der Nutzer/-innen**

## **9 Sonstige fachstatistische Hinweise**

./.